



Applaus und Bravo aus dem Publikum: Einen Tarifvertrag jetzt! forderte das ansonsten „unsichtbare“ nicht-künstlerische Personal der Stiftung am 8. Februar auch auf offener Staatsopernbühne.

AUS DEM INHALT

SEITE 3
Vor aller Augen – Ausstellung in der Medien Galerie

SEITE 4
Kultur für Rentner unerschwinglich? – Ein Briefwechsel

SEITE 5
Ende eines Horrortrips – Azubis nach Rauschmiss wieder zuversichtlich

SEITE 7
Nach Aus im Landtag – Es lebe das brandenburgische Sozialticket!

MITTELSEITEN
Fest im Sattel? – ver.di-Angebote für Freie und Selbständige

SEITE 13
-ky zum 70. – Ein Kürzel steht für eine Sucht

GUTE ARBEIT HAT IHREN PREIS

In mehreren Lohnrunden 2008 geht es um gerechtere Anteile am Aufschwung

Der 1. Februar in Berlin bot womöglich erst einen Vorgeschmack: Die BVGler legten den Nahverkehr lahm und 1500 Beschäftigten von Vattenfall bekräftigten al-

Die Geduld hat ein Ende

lein in der Hauptstadt ihre 8-Prozent-Tarifforderungen mit einem mehrstündigen Warnstreik. Die Zeiten von Lohnzurückhaltung und Zugeständnissen sind offenbar vorbei. Die Lokführer hatten das, obwohl nicht unumstritten, bereits vorexerziert. Auch bei den 60.000 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Berlin werden jetzt – nach schier endlosen Geduldsbeweisen – Arbeitskampfmaß-

nahmen vorbereitet, um schließlich ein verhandlungsfähiges Angebot für überfällige Tarifierhöhungen zu erzwingen.

Doch das ist erst der Anfang. 2008 stehen weitere große Tarifrunden auf der Tagesordnung. Die ver.di-Tariffbewegung 2008 erfasst nicht nur den öffentlichen Dienst bundesweit, Bereiche wie Postdienste und Logistik, auch die Papierverarbeitung und die Tageszeitungsredakteure, um nur einige zu nennen. Ebenfalls am 1. Februar forderten etwa die 200 Beschäftigten des Bühnenservice der Stiftung Oper in Berlin, die sich seit 2003 im tariflosen Zustand befinden, einen „Tarifvertrag jetzt!“ Um Tarifannäherungen an den Bundesabschluss geht es auch in großen brandenburgischen Zeitungsdruckbetrieben.

Nach mehrmaligen Tarifrunden mit geringen Steigerungen – teilweise unter der Inflationsrate – und damit Reallöhnen kaum über dem Niveau der 90er Jahre, sehen sich Arbeitnehmer inzwischen der höheren Mehrwertsteuer und Preissteigerungen bei Benzin, Strom, Gas und Grundnahrungsmitteln gegenüber. Gewinnmargen und Renditen sind seit Jahren gestiegen, den Beschäf-

Lineare Steigerungen sollen her

tigten aber wurde permanent Kaufkraft entzogen. Allerorten steht deshalb die Forderung, dass der Aufschwung endlich bei den Beschäftigten ankommen müsse.

Wenn die Binnenkonjunktur anspringe, schaffe und sichere dies Arbeitsplätze, argumentieren die Gewerkschaften. Jeder Euro an Lohnerhöhung stärke auch die Sozialkassen und spüle natürlich zusätzliches Geld ins Staatsäckel.

Die Beschäftigten sollten selbstbewusst in den Ring gehen: Ihre Arbeit ist mehr wert als bloße Almosen. Qualität hat ihren Preis. Mit „Mogelpackungen“ wie dem letzten Arbeitgeberangebot im öffentlichen Dienst, bei denen stufenweise geringfügige Gehaltssteigerungen durch längere Arbeitszeiten von den Beschäftigten selbst finanziert werden sollen, will man sich 2008 nicht abfinden. Es geht um nachhaltige, lineare Entgeltsteigerungen. Es geht um den Wert der Arbeit.

Helma Nehrlich

Im Lande der Dichter und Denker ließe sich durchaus eine Anleihe bei Bertolt Brecht nehmen: „Die Mitbestimmung ist einfach, jeder versteht sie. Sie ist das Einfache, das schwer zu machen ist.“ Mitbestimmung bildet den Kontrapunkt zum patriarchalischen Herr-im-Hause-Standpunkt, sie löst alte Autoritäten auf, sie setzt auf engagierte Einmischung und demokratische Teilhabe. Was kann besser sein für ein Gemeinwesen als Bürgerinnen und Bürger zu haben, die sich für die Geschichte des Staates interessieren, Ideen einbringen und demokratische Kontrolle gegen die Willkür des Dienstherrn praktizieren? Was sich in vordemokratischen Gesellschaften auf dem Marktplatz abspielte, läuft in modernen Industriegesellschaften natürlich in geordneten, legalen Bahnen ab: Es gibt Gesetze. Doch diese Mitbestimmungsgesetze, die auch dazu beitragen, dass die Marktwirtschaft ihr Etikett sozial verdient, werden nicht nur von Unternehmensverbänden wider besseres Wissen als Hemmschuh diffamiert. Auch die „Volksparteien“ haben sich die Aushöhlung der Mitbestimmung, hier im öffentlichen Dienst, auf ihre Fahnen ge-

schrieben. Noch im letzten Jahr feierten wir 50 Jahre Landespersonalvertretungsgesetz in Berlin. Kaum ein Jahr später hat die Berliner SPD die Mitbestimmungsrechte bei Kündigungen, der Ein-

bereiche: Das Credo von „Weniger Staat“ wird vorgeschoben. Der vermeintlich ausufernde Sozialstaat gilt als Kostenträger mit großem Rationalisierungspotenzial: Privatisierung öffentlicher

den Kern. Personalräte werden da vor allem als Störfaktoren angesehen, weil sie auf Arbeitnehmerrechte pochen.

Die „Reform“ des öffentlichen Dienstes erschöpft sich allerdings in Sparmanövern und Stellenabbau. Fürsorgeeinrichtungen oder Jugendheime müssen zuerst daran glauben. Leidtragende sind die Beschäftigten und vor allem die Hilfe suchenden Bürgerinnen und Bürger. Dem Staat wird ein neues Mäntelchen geschneidert, wir erleben eine neue Form des Sozialdarwinismus. Mit Zaubern wie „mehr Eigenverantwortung“ und „vorsorgender Sozialstaat“ wird uns Sand in die Augen gestreut, um den Abbau von Sozialleistungen zu verschleiern. Der Sozialstaat stiehlt sich schrittweise aus der Verantwortung. Das kümmert die Starken nicht, wohl aber die Schwachen.

Nur wenn es uns gelingt, die Verteilungsfrage ernsthaft wieder auf die Tagesordnung zu setzen – und nicht nur eine symbolische Debatte über Managergehälter zu führen – werden wir wieder konstruktiv über soziale Gerechtigkeit und Sozialstaat streiten können. Es wird höchste Zeit.

AUF EIN WORT

MITBESTIMMUNG – NÖTIG WIE DIE LUFT ZUM ATMEN



Foto: transit/C. v. Polentz

DIETER PIENKNY,
JOURNALIST

führung neuer Technologien sowie bei der Einstellung von 1-Euro-Jobbern im öffentlichen Dienst empfindlich beschnitten. Dieser ideologische Akt darf allerdings nicht isoliert gesehen werden. Er gehört, strategisch betrachtet, zur Ökonomisierung aller Lebens-

Unternehmen (die sich oftmals als kontraproduktiv erweist), massive Gehaltskürzungen (um leere Staatskassen aufzufüllen, aus denen Steuergeschenke für Unternehmen finanziert wurden) und das gezielte Schrumpfen der öffentlichen Daseinsvorsorge bilden

BUCHTIPP

EIN DEUTSCHES LEBEN

DAS NEUE BERLIN 2007

Das Buch ist Erinnerung, Liebesbekundung, Streitschrift und Biografie in einem. „Es gibt Menschen, die sich ein Leben lang leidenschaftlich einer Sache widmen und auf ihren Wegen andere begeistern, verunsichern oder abstoßen. Ein solcher Mensch war Wolfgang Harich.“ Dieser erste Satz wird von Anne Harich, einer Krankenschwester, einfühlsam, oft auch sarkastisch und kritisch, fortgeschrieben. Der Mensch Harich, ihr geliebter Mann, war die Eigenwilligkeit in Person, unterhaltsam, kenntnisreich, kompromisslos bis zum Letzten, pedantisch, naiv in der Beurteilung von Menschen...

Harich, gebildet in den Geisteswissenschaften, desertierte 1944 von der Wehrmacht, schloss sich einer Widerstandsgruppe an, überlebte den Krieg. Er wurde

1945/46 Theater- und Literaturkritiker, studierte an der Humboldt-Universität Philosophie und Germanistik, wurde Professor dort für Geschichte der Philosophie. Dank seines Wissens und seiner Gradlinigkeit nahm er in der Hegeldiskussion Stellung gegen Stalins Auffassungen – und wurde mit Parteistrafe belegt. 1956 formulierte er seine politischen Auffassungen in einem Memorandum und einer „Plattform für einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“, worin er Walter Ulbricht angriff und dessen Rücktritt forderte. Nach der sowjetischen Offenlegung des Stalinischen Personenkultes hatte Harich besonnen, ungemein gründlich und umfassend auf die tatsächlichen Hemmnisse eines schöpferischen Marxismus aufmerksam gemacht. Guten Glaubens, allzu treuherzig, vertrat er seine Auffassungen vor dem sowjetischen Botschafter Puschkin und vor Ulbricht. Die Folge: Harich wird verhaftet, wegen „konterrevolutionärer Umtriebe“ und „Bojkotthetze“ zu zehn Jahren

Gefängnis verurteilt, die er in Niederschönhausen und Bautzen 1957-64 in Einzelhaft absitzen muss. Nach der vorzeitigen Entlassung bemühte sich Harich, wieder vollwertiges Mitglied der Gesellschaft zu werden, bittet – vergebens – um Wiederaufnahme in die SED. Er schrieb über Jean Paul, Nicolai Hartmann und Georg Lukacs, bekämpfte vehement die Faschismus fördernden Ideen Nietzsches, wurde von seinen Verlagen bei seinen Publikationen behindert und hingehalten.

In Einschätzungen über Harich steht sehr oft das Wort: arrogant. Harich war geradlinig bis zur Uneinsichtigkeit. Der Marxist Harich konnte weder zu DDR-Zeit noch danach das tun, was ihm Lebenszweck war: vor Studenten zu lehren. Viele namhafte Politiker und Künstler kreuzten seinen Lebensweg: Brecht, Weigel und Heiner Müller, Paul Merker, Walter Janka, Klaus Gysi und Hermann Kant. Harich war u. a. verheiratet mit der Schauspielerin Isot Kilian und lebte neun Jahre mit Gisela May zusammen.

Anne Harich, seine fünfte Ehefrau, die sich mit der schwierigen Materie seiner Forschungsarbeiten auseinandersetzte und nach seinem Tode auch Gutachten und Briefe an und von Honecker oder Kurt Hager in den Band aufnahm, verbrachte mit ihm die letzten neun Jahre seines Lebens.

Ihre Erinnerungen reflektieren ein deutsches Leben in der geistigen Begrenztheit vor und nach der Wende. Und sie zeigen eine Liebe und ihre Reibungen. Ende März 1990 kassierte das Oberste Gericht in Berlin das Urteil von 1957. Mit später Genugtuung wird er Vorsitzender der „Alternativen Enquete-Kommission“ und erlebt 1993 die Herausgabe seines Buches „Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Zur nationalkommunistischen Opposition 1956 in der DDR“. Wolfgang Harich starb am 15. März 1995 in Berlin. **Hans-Hermann Krönert**

Anne Harich: „Wenn ich das gewusst hätte ...“, Erinnerungen an Wolfgang Harich, Das Neue Berlin 2007, gebunden, 430 S., 19,90 Euro, ISBN 978-3-360-01294-4

Es geschah vor aller Augen

Ausstellung in der Mediengalerie zeigt Fotodokumente des Naziterrors in der Provinz

Ein dreiviertel Jahrhundert ist es in diesem Jahr her, dass in Deutschland der Faschismus an die Macht kam. Eine Reihe von Gedenktagen wird 2008 an die historischen Abläufe erinnern. In der Medien Galerie gab eine Vernissage am 22. Januar – wenige

„Grabe, wo du stehst“, sei das ständige Motiv für die Mitarbeiter der Stiftung Topographie des Terrors, die an dem Ort forschen und ausstellen, wo sich einst das berüchtigte Gestapo-Hauptquartier an der Wilhelmstraße in Berlin-Mitte befand: im Zentrum der Macht. Das erläuterte Prof. Andreas Nachama, geschäftsführender Direktor der Stiftung. Doch die Aktivitäten der Topographie des Terrors beschränkten sich nicht auf Ereignisse und Entwicklungen in der ehemaligen Reichshauptstadt. So habe man mit der Wanderausstellung „Vor aller Augen“ bewusst den Blick in abgelegene Städte und Gemeinden gerichtet und untersucht, wie sich der alltägliche Terror dort zeigte und wahrgenommen wurde. Der später strapazierten Behauptung vieler Deutscher, man habe von den Machenschaften der Nazis nichts gewusst, könnten so zahlreiche „Fotodokumente des nationalsozialistischen Terrors in der Provinz“ entgegengesetzt werden. In Vorbereitung der Ausstellung, die bereits am Bauzaun der Berliner Topographie des Terrors zu sehen war, wurden 1231 Stadt- und Gemeindearchi-

Auf offener Straße und alltäglich

ve um Mitarbeit gebeten. Über 1000 antworteten, 186 übersandten schließlich Dokumente. Aus diesem Material wählte Kurator Klaus Hesse die eindrucksvollsten und authentischsten aus. Die Aufnahmen, die zumeist von ansässigen Fotografen in amtlichem Auftrag angefertigt wurden, zeigen öffentliche Demütigungen von politischen Gegnern in der Machtergreifungsphase, etwa wenn kommunistische oder sozialdemokratische Abgeordnete vor Gaffern gezwungen wurden, Wahllosungen von Mauern und Hauswänden zu entfernen. Fotos dokumentieren antijüdi-



Foto: transit/v. Polentz

Detlef Hensche, Andreas Nachama und Kurator Klaus Hesse (v.l.n.r.)

sche Aktionen in den Jahren bis 1938, die Novemberpogrome von 1938 selbst sowie Verhaftungen jüdischer Mitbürger und Deportationen in den Jahren bis 1942 oder die sogenannte Verwertung jüdischen Eigentums. Schließlich werden öffentliche Demütigungen und Haar-Scheraktionen dokumentiert, bei denen Frauen wegen ihrer Kontakte zu „Fremdarbeitern“ oder Kriegsgefangenen teilweise vor großen Menschaufmäufen und auf Marktplätzen an den Pranger gestellt wurden. Bei den Schaulustigen sei nur gelegentlich bewußtes Wegsehen bemerkbar, es überwiege Neugier, Spott und Häme, konstatierte Nachama. Obwohl die Fotos „meist aus der Perspektive der Täter“ aufgenommen worden seien, gäben sie dennoch „den Opfern einen Teil ihres Gesichtes zurück“. Wo möglich, habe man auch die Namen der Gedemütigten recherchiert und genannt. Insgesamt belege die zweisprachig angelegte Fotodokumentation, dass „Terror nicht nur hinter Stacheldraht und Gefängnismauern stattfand, sondern auch auf den Straßen und Plätzen, alltäglich und öffentlich“. Damit, so Nachama, müsse man sich auch heute auseinandersetzen. Er befürwortete

Tage vor dem 75. Jahrestag von Hitlers Ernennung zum Reichskanzler – den Auftakt zu Mahnung und Auseinandersetzung. Die Fotodokumentation „Vor aller Augen“ wurde mit Redebeiträgen prominenter Gäste eröffnet.

das Verbot neonazistischer Parteien und betonte die Wichtigkeit sozialer Komponenten. Es sei zweifelhaft, ob Hitlers Machtübernahme ohne den Zusammenbruch des Sozialstaates am Ende der Weimarer Republik überhaupt möglich gewesen wäre.

Detlef Hensche, der letzte Vorsitzende der IG Medien, setzte sich in seiner Ansprache mit der Frage auseinander, warum Aufklärung ein ganzes Menschenalter nach den Geschehnissen immer noch Not tue. Dass ab 1933 gegen menschenverachtende Aktionen zur Ausgrenzung von Andersdenkenden und Juden – auch als das noch gefahrlos möglich war – kaum jemand eingeschrit-

Eigene Geschichte kritisch beleuchten

ten sei, habe vielschichtige Gründe in der deutschen Geistes-, Sozial- und Staatsgeschichte. Aber auch die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung müsse sich Versagen vorwerfen lassen. So habe sich die Büchergilde Gutenberg – damals im Gewerkschaftshaus der Buchdrucker, der jetzigen Heimstatt der Medien Galerie – bereits im Winter 1932/33 von

ihren jüdischen Autoren getrennt. Gewerkschaften hätten in der Illusion, so die „Organisation retten“ zu können, nicht beizeiten und nicht entschieden der braunen Gefahr widerstanden. Die eigene Geschichte aufzuarbeiten sei umso wichtiger, als Gewerkschaften auch heute nachweislich nicht gegen rechtsextremistisches Gedankengut gefeit seien. Die „schmähliche Vernachlässigung der Tarifpolitik in den letzten Jahren“ und ein gewisser „Standort-Chauvinismus“ von DGB-Gewerkschaften machten es dringlich, „die eigene Geschichte kritisch zu durchleuchten“. Die aktuelle Ausstellung sei dazu Anregung. **neh**

Die Dokumentation „Vor aller Augen“ läuft in der Medien Galerie bis zum 22. Februar 2008.

MEDIENGALERIE

Nach einer Karikaturenausstellung im März startet die Medien Galerie eine Würdigung zum 60. Todestages des Publizisten **Egon Erwin Kisch**: „Ich glaube, einmal werden die Menschen über die Welt nichts als die Wahrheit lesen wollen“. Ausstellung und Begleitveranstaltungen vom **31. März bis 16. Mai**.

Die Schau wurde vom Jüdischen Museum Wien im Auftrag des Aufbau-Verlages gestaltet. Als *Tscheche, Deutscher, Jude, Kommunist, Künstler, politischer Aktivist, Internationalist und Weltbürger war Egon E. Kisch ein „Multiplikator und Vernetzer linksbürgerlicher Intelligenz“* (Marcus G. Patka), um Gegensätze zu vereinen und Grenzen zu überwinden. Kisch als beispielhafte Integrationsfigur zu würdigen, ist das Ziel von Ausstellung und begleitenden Lesungen mit Schauspielstudenten und Diskussionen, auch zur journalistischen Profession und Verantwortung. Eröffnung und Programm siehe: www.medien-galerie.org

Der Initiative unserer Gewerkschaft mit ihrem Ansinnen an den Regierenden Bürgermeister und Kultursenator Berlins, Klaus Wowereit, ist offenbar kein Glück beschieden. In unserem Brief heißt es:

„Wir – die Berliner ver.di-Seniorinnen und -Senioren des Fachbereiches Medien, Kunst und Industrie – wenden uns an Sie als Regierender Bürgermeister und Kultursenator mit einer dringenden Bitte. Unterstützen Sie uns dahingehend, dass uns bessere Möglichkeiten eröffnet werden, um am kulturell-gesellschaftlichen Leben unserer Stadt teilnehmen zu können. Wir haben das dringende Bedürfnis, uns einen wichtigen Teil der Lebensqualität zu erhalten, indem uns Kunst und Kultur wieder verstärkt zugänglich sind. Leben ist nun einmal mehr als Essen und Wohnen. Doch Tatsache ist, dass nicht wenige Bürger Berlins mangels finanzieller Mittel vom kulturellen Leben und damit von einer wichtigen Seite humanistischer Bildung ausgeschlossen sind. Zu dieser Schieflage haben in unserem Falle nicht nur keine oder nur unzureichende Rentenanpassungen geführt. Dem stehen gegenüber: gestiegene Krankenkassen- und Pflegeversicherungsbeiträge sowie eine jährliche Inflationsrate von etwa 2 Prozent. ... Wäre es, angesichts gleichzeitig teilweise nur unzureichend ausgelasteter Kulturstätten, nicht richtiger, Rentnern Karten für Theater, Museen, Ausstellungen, Lesungen u.ä. ermäßigt anzubie-

Leben ist eben mehr als nur Essen und Wohnen

Bleibt Kultur für Rentner unerschwinglich? – Ein Briefwechsel



Foto: transit/v. Polentz

Zuhause bleiben, weil das Geld nicht reicht, ist keine Alternative...

ten...? Einige Theater steuern bereits selbst zeitweise diesen Kurs. Das reicht aber nicht.“

In dem Schreiben wird auf andere europäische Länder verwiesen, in denen Ältere teilweise kostenfrei am kulturellem Leben teilhaben können. Es wird vorgeschlagen, Rentnern generell ermäßigte Eintritte in Theater und Museen zu ermöglichen, zumindest an bestimmten Tagen. Wowereit wird gebeten, das Problem mit Seniorinnen und Senioren unseres Fachbereiches zu erörtern.

Das Gespräch kam nicht zustande. Stattdessen ließ der Regierende durch seinen Staatssekretär Schmitz antworten: „So verständlich Ihr Anliegen ist, so wenig kann ich Ihnen eine umfassende Lösung in dem von Ihnen vorgeschlagenen Sinne in Aussicht stellen. [...] Generell hieße es Kulturpolitik zu überfordern, wollte man von ihr erwarten, die von Ihnen beschriebenen Entwicklungen im fiskalischen und sozialpolitischen Bereich adäquat zu kompensieren. Für die Berliner Kul-

tureinrichtungen gilt hier jedoch ein hoher Grad von Autonomie. Da die Häuser gehalten sind, sparsam mit öffentlichen Zuwendungen umzugehen und Einnahmeerwartungen erfüllen müssen, sind sie in der Gestaltung ihrer Eintrittspreise, einschließlich der jeweiligen Ermäßigungen, weitgehend frei.“ Schon deshalb werde es bei der unterschiedlichen Handhabung von Ermäßigungen bleiben. Hinzu käme, dass die Gruppe keineswegs homogen ist und es in Berlin eine relevante Anzahl Rentner gibt, die sich reguläre Eintrittspreise leisten können. „Eine generelle Ermäßigung wäre daher nicht per se sozial gerecht, sondern vielfach sogar ungerechtfertigt.“ In seinem Schreiben weist der Kulturstaatssekretär darauf hin, dass „der Senat für die Bezieher von ALG II und für Menschen, die von Grundsicherung leben müssen – dazu gehören nicht wenige Rentnerinnen und Rentner – mit den Berliner Bühnen und Orchestern ein so genanntes Drei-Euro-Ticket verabreden“ konnte. Das Schreiben des Senats endet mit dem – übrigens bedenkenwerten – Vorschlag: „Vielleicht ist das ja auch für ver.di ein erfolgversprechender Weg“, mit den Häusern im direkten Gespräch nach Wegen zu suchen. Es sei vorstellbar, dass „Kultureinrichtungen der Problematik zunehmend aufgeschlossen gegenüber stehen.“ **Red. Seniorenecho**

Steter Tropfen höhlt den Rentenstein

Gregor Gysi antwortet auf Anfrage der Rundfunk-Senioren

Bereits wenige Tage nach dem ein Brief der Rundfunkseinioren in Gysis Wahlkreisbüro – zuständig für Niederschöneweide – angekommen war, erhielten wir eine Antwort. In dem Schreiben, auf unserer Mitgliederversammlung am 7. November 2007 einstimmig verabschiedet, hatten wir ihn gebeten, sich für eine kräftige Rentenerhöhung 2008 einzusetzen und die baldige Angleichung Ost an den Rentenwert West im Bundestag anzumahnen.

Gregor Gysi antwortete: „Wir haben im Bundestag beantragt, die Rentenformel zu ändern, damit Rentnerinnen und Rentner wieder an der Produktivitäts- und

Lohnentwicklung teilnehmen können, wie das früher der Fall war. Alle weiteren Fraktionen lehnen dies ab, so dass auch die nächste Rentenerhöhung eher schmal ausfallen wird.

Darüber hinaus haben wir einen Antrag eingebracht, der wohl in erster Lesung am 14. Dezember behandelt werden wird, so schnell wie möglich eine Angleichung des Rentenwertes Ost an Rentenwert West vorzunehmen.

Ferner habe ich vor kurzem 17 weitere Anträge vorgestellt, die Ungerechtigkeiten bei der Überführung von DDR-Renten in das bundesdeutsche Recht korrigieren sollen. Diese Anträge sind

ebenfalls in den Bundestag eingebracht. Ich habe sie zusätzlich der Bundeskanzlerin Angela Merkel mit der Bitte um Prüfung zur Verfügung gestellt ... Auf jeden Fall kann ich Ihnen zusichern, dass wir diesbezüglich aktiv bleiben. Die Schwierigkeit besteht in der Regel darin, dass die Mitglieder anderer Fraktionen anders denken und anders handeln.“

Soweit die Antwort, aus der zu erkennen ist, dass wir auch dieses Jahr mit nur einem minimalen Rentenanstieg zu rechnen haben – trotz der Bemühungen der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Und eine Lesung am 14. Dez. 2007 fand offensichtlich nicht statt. **WBS.**

DREI-EURO-TICKET

Kulturstaatssekretär Schmitz veröffentlichte Anfang Februar, dass seit Einführung des Drei-Euro-Tickets im Mai 2005 an Berliner Theatern, Opern und Konzerthäusern für Bezieher von Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe oder Grundsicherung über 25 000 solche „Restkarten“ verkauft wurden. Da etwa 400 000 Berlinerinnen und Berliner berechtigt wären, die verbilligten Tickets zu erwerben, wünschte er sich „eine offensivere Werbung“.

Das Ende eines Horrortrips

Drei gekündigte Azubis steuern Abschlussprüfungen entgegen

Für Anne (21), Maria (21) und Jan (25) wird es ernst: Sie wollen im Sommer ihre Ausbildung als Mediengestalter für Digital- und Printmedien abschließen. Es bleibt noch einiges zu tun. Aber die drei sind optimistisch. Wieder.

„Die Schlinge zog sich zu“, meint Jan. „Wir haben extrem Angst bekommen, die Lage war so aussichtslos“, beschreiben auch die jungen Frauen ihre Situation, nachdem die Klassenlehrerin an der Ernst-Litfaß-Schule sie zu Beginn des dritten Lehrjahres auf nachlassende Leistungen, verpatzte Projekte und drohende schlechtere Berufsschul-Zeugnisse angesprochen hatte. Dann erzählten sie – auch gegenüber der schulischen Sozialpädagogin – von den Problemen in ihrem Ausbildungsbetrieb, gegen die sie schon mehrfach vergeblich angegangen waren. Sie beschlossen sogar, die Zustände auch dort anzusprechen, wo man dafür zuständig ist: bei der Industrie- und Handelskammer in Potsdam. Der Besuch, den sie Axel Müller, dem IHK-Ausbildungsberater, dann Ende November zu sehr früher Stunde abstateteten, trug ihnen wegen geringfügiger Verspätung am Ausbildungsplatz prompt Abmahnungen ein. Doch das war erst der Anfang.

Was zum „Ausbildungsbetrieb“, der Adocom ohG in Falkensee, zu berichten ist, klingt wie aus einem Negativranking. Von ungenügenden fachlichen Voraussetzungen für die Ausbildung muss da gesprochen werden, von fehlendem Lehrmaterial, veralteter Software sowie der Tatsache, dass nach dem Ausscheiden eines Ausbilders schon seit Frühjahr 2006 kein eigentlich kompetenter Ansprechpartner mehr für die Azubis bereitstand. Auf Fragen erhielten sie des öfteren die Empfehlung, doch bei Google nachzusehen oder sich untereinander zu helfen. Falls sie das gegenüber Umschülern oder Neulingen allerdings praktizierten, folgten Rüffel, die eigenen Arbeitsaufgaben zu vernachlässigen oder Zeit zu vertrödeln. Kundenaufträge und Zeitdruck waren Dinge, mit denen alle bei Adocom permanent

konfrontiert wurden: Zwei Webseiten pro Tag zu gestalten galt für „eingearbeitete“ Azubis als eine Art „Norm“. Erledigung von Aufgaben oder Projekten aus der Berufsschule fand dagegen im Ausbildungsbetrieb nicht statt. Es ging immer nur um eines: Webseiten für Kunden im Akkord zu produzieren. Dass die zukünftigen Mediengestalter den bevorstehenden Abschlussprüfungen

tätig sind, scheinen Zweifel über die mögliche Ausbildungsqualität angebracht, und es läßt vermuten, dass Lehrlinge als billige Arbeitskräfte missbraucht werden. Welche Schlüsse der Ausbildungsberater von der IHK gezogen hat, ist bislang sein Geheimnis. Den jungen Leuten signalisierte er, sich kümmern zu wollen. Und tatsächlich fuhr er Anfang Dezember nach Falkensee, allerdings ohne den



Die Schule im Rücken und zuversichtlich: Anne, Maria und Jan.

mit mehr als mulmigem Gefühl entgegensehen, verwundert kaum. Überstunden im Betrieb – es soll Zeiten gegeben haben, als regelmäßig zwei Stunden täglich mehr gearbeitet werden musste – durften nicht abgefeiert werden, ge-

Petzen bei der Geschäftsführung

schweige denn wurden sie vergütet. Oft machten sich die Azubis auch nach der Schule auf den Weg von Berlin-Wittenau nach Falkensee, um Kundenaufträge abzarbeiten. Wenn in einem Betrieb 12 Festangestellte arbeiten, aber 25 Azubis und Praktikanten

Berufsschullehrer, der Unterstützung angeboten hatte. Dem Vernehmen nach gab es ein längeres Gespräch von zwei IHK-Vertretern mit der Adocom-Geschäftsführung.

Das Ergebnis: Den aufmüpfigen Azubis wurde gekündigt. Was zuvor lief, bezeichnet Marco Pavlik, ver.di-Geschäftsführer in Potsdam-Nordwestbrandenburg, als Bagatelisierung nach außen und Schikane gegenüber den Beschwerdeführern. Zudem: „Wir haben Grund zu der Annahme, dass Unterlagen, die die Azubis der IHK überließen, von dort an die Adocom-Geschäftsführung weitergereicht wurden. In den Kündigungsschreiben tauchten sogar entsprechende Zitate auf.“ Der Ge-

werkschafter hat sich wegen des generellen Umgangs mit Auszubildenden in der Fa. Adocom und im konkreten Fall an den Präsidenten der IHK gewandt, wie auch der DGB-Regional-Vorsitzende. Beide Schreiben an Herrn Dr. Stimmig blieben bislang unbeantwortet. Die Gewerkschafter bestehen aber auf Klärung und einem Gesprächstermin.

Inzwischen hatte sich ver.di aber ganz praktisch für die drei jungen Mitglieder eingesetzt und ihnen Rechtsschutz für den Schlichtungsausschuss am 15. Januar gewährt, der über die Kündigungen verhandelte. Man hat sich – weil eine weitere gedeihliche Zusammenarbeit von beiden Seiten ausgeschlossen wurde – schließlich verglichen. Die jungen Leute, die nach ihrer Kündigung vom Ausbildungsbetrieb „freigestellt“ worden waren und sofort Hausverbot erhielten, schieden danach zum 31. Januar aus dem Ausstellungsverhältnis aus. Ausstehende Vergütungen müssen ihnen nachge-

So viel gelernt wie vorher in Jahren nicht

zahlt werden, zusätzlich eine Abfindung von je 1000 Euro.

Noch wichtiger: Alle drei haben, teilweise mit Gewerkschaftshilfe, auch neue Ausbildungsbetriebe gefunden. Anne freut sich, dass sie in eine Werbeagentur in Nauen übernommen wurde und erlebt dort seit einigen Wochen „das komplette Gegenteil von früher“. Im neuen Team ist die Atmosphäre gut, sie habe schon „so viel gelernt wie vorher in zwei Jahren nicht“. Maria und Jan werden ihre Ausbildung ab Februar im multimedialen Trainingscenter eines Berliner Bildungsträgers beenden. Im Oberstufenzentrum hat man allen Hilfe bei der Prüfungsvorbereitung angeboten. „Ohne die Schule wären wir überhaupt verloren gewesen. Viele Lehrer haben sich echt für uns stark gemacht, uns psychologisch und fachlich sehr unterstützt“, betont Maria. Jetzt will sich das Kleeblatt bei allen Helfern mit möglichst guten Abschlüssen bedanken und „ordentlich ranklotzen“, auch Versäumtes nachzuholen. Jan: „Aber selbst wenn es nicht optimal klappt und man noch ein halbes Jahr dranhängen müsste, wäre das besser als alles, was wir vorher erleben mussten.“ **neh**

Ehrung für eine Unermüdliche

Marianne Kühn-Berger erhielt den Fontane-Förderpreis der Stadt Neuruppin

Zur Jahreswende erhielt unsere Kollegin, die Malerin Marianne Kühn-Berger, eine schöne Auszeichnung – den Fontane-Förderpreis der Stadt Neuruppin. Und weil in Neuruppin verständlicherweise nichts ohne Fontane geht, begann die Feierlichkeit am Denkmal des Dichters. Die offizielle Übergabe durch den Bürgermeister folgte dann in der Aula der Musikschule. Wobei die Vorträge jugendfrischer Instrumentalisten und graziöser Tänzerinnen Marianne besondere Freude bereiteten.

Zwei Gründe gab es für die Ehrung, von der achtköpfigen Jury einstimmig entschieden: Marianne gehört, obwohl sie erst 1999, und durchaus nicht aus freien Stücken, nach Neuruppin umsielte, unterdessen zu den gestaltenden Kräften der Stadt – selbstverständlich mit ihrem künstlerischen Werk, aber ebenso mit ihrem gesellschaftlich-politischem Engagement.

Von einer Auszeichnung für ihr Lebenswerk sollte jedoch nicht die Rede sein. Das würde sich nach



Die Preisträgerin mit Plakaten zur Bewegung „Freie Heide“

beschaulichem Ende anhören, sie aber ist nach wie vor unermüdlicher künstlerisch produktiv. Und auch vom Alterswerk zu sprechen, verbietet sich. Nicht etwa, weil sie ihre acht Jahrzehnte eitel verschwiege. Im Gegenteil hat sie jenen Geburtstag im März vorigen Jahres in großer Öffentlichkeit mit vielen Freunden und Ver-

ehren begangen. In einer umfassenden Ausstellung war ein eindrucksvoller Ein- und Überblick ihrer vielseitigen künstlerischen Entwicklung seit etwa 1950 zu gewinnen: mit Malerei und Grafik, Modedesign, später erschlossenen weiteren Kunstformen wie der Raum- und auch der Flachglasgestaltung, wofür reizvolle

Spiegel mit Ornamenten im Diamantriss die besondere Materialbeherrschung bezeugen. Leider gehören auch zerstörte farbige Glasarbeiten dazu als Beweise jüngerer Barbarei.

Doch ist die Künstlerin zugleich ein nicht nur politisch denkender, sondern auch handelnder Mensch. Weshalb sie viel Zeit und Kraft der Bewegung widmet, die unter dem Namen „Freie Heide“ einen großen Kreis von Gleichgesinnten ergriffen hat, gegen das Bombodrom anzukämpfen. Plakate waren zu initiieren und zu bewerten, Ausstellungen zu gestalten – vielfältige Aufgaben reißen nie ab, ehe die Heide gerettet ist.

„Älter werden heißt selbst ein neues Geschäft antreten“ erklärte der über 80jährige Goethe (in „Kunst und Altertum“) seine Lebensmaxime. Sich also immer neuen Anforderungen stellen – das gehört auch zum Wesen von Marianne Kühn-Berger, die wir zu ihrer Auszeichnung herzlich beglückwünschen.

Annemarie Görne

Berlinale: Großes Kino – kleine Löhne

Das Bündnis „Mir reicht' s nicht“ thematisiert die Arbeitsbedingungen in der Filmbranche

„Was würdest Du verändern, wenn Du Dieter Kosslick wärst?“ „Mit wem sprichst Du über Stress?“ Mit solchen und anderen Fragen sahen sich im Dezember Interessenten konfrontiert, die sich im Berlinale-Büro am Potsdamer Platz für einen Job während der Filmfestspiele im Februar 2008 beworben hatten. Ein knappes Dutzend Aktivisten des Bündnisses „Mir reicht' s nicht“ hatten vor dem Berlinale-Büro ein „prekäres Glücksrad“ aufgebaut. Die Jobsuchenden wurden gebeten, ihre Arbeitsbedingungen mittels einer Filmszene zu beschreiben. Für ihre Reaktionen auf den täglichen Arbeitsstress standen Titel wie „Der unsichtbare Aufstand“ oder „Falling Down“ zur Auswahl. Für die Beschreibung eines typischen Arbeitstages in der Filmbranche konnten Filmtitel wie „Täglich grüßt das Murrel-

tier“ oder „Stirb an einem anderen Tag“ ausgewählt werden. Die Angesprochenen reagierten überwiegend freundlich und waren schnell zum Mitspielen bereit.

Die Aktion bildete den Auftakt für einen Blick hinter die Kulissen der Filmbranche. Höhepunkte waren eine Pressekonferenz zur sozialen Situation der dort Beschäftigten zur Berlinale-Eröffnung und eine „Gala der Prekären“ am 9. Februar in der Volksbühne.

Dumpinglöhne erhalten Kulturbetrieb am Laufen

Im Bündnis „Mir reicht' s nicht“ haben sich überwiegend Menschen zusammengeschlossen, die selber schon bei der Berlinale gearbeitet haben. Für manche war es ein Nebenjob zur Finanzierung

des Studiums, für manche ist es aber auch die einzige Einnahmequelle. „Es geht uns keineswegs darum, die Berlinale als Beispiel für besonders negative Arbeitsverhältnisse herauszugreifen. Wir wollen vielmehr die internationale Aufmerksamkeit des Filmfests nutzen, um deutlich zu machen, wie hinter Glanz und Glamour Menschen mit Niedriglöhnen oder Praktika den Kulturbetrieb das ganze Jahr über am Laufen halten“, erklärt Robert Glaubner die Beweggründe für die Aktion. Gemeint sind beispielsweise die Kartenabreißer, Sicherheits- und Putzkräfte in den Kinos.

Glaubner verweist auf den Streik der Drehbuchschreiber in den USA, der eine landesweite Debatte über Ausbeutung im Kulturbetrieb ausgelöst hat. Im Jahr 2003 hatten Kulturschaffende in Frankreich mit ihrem Ausstand

die Sommerfestivals verhindert. So weit ist man in Deutschland noch nicht. Doch Glaubner sieht auch hier hoffnungsvolle Ansätze. So bewirkte ein wiederholter Streik der 120 CinemaxX-Beschäftigten am Potsdamer Platz am 18. Dezember 2007, dass der Kinobetreiber endlich mit ver.di einen Tarifvertrag abgeschlossen hat.

Zuvor hatten Aktivisten von „Mir reicht' s nicht“ vor dem Kinohaus am Potsdamer Platz auf ungewöhnliche Weise Werbung für die Forderungen der Beschäftigten gemacht. Kinobesucher konnten auf Sprechblasen aus Pappe ihre individuelle Meinung zu den Löhnen der CinemaxX-Beschäftigten aufschreiben und sich damit fotografieren lassen. Fotos mit den Statements wurden dann der Kinoleitung übergeben.

Peter Nowak



Foto: F.Schwarz

Dranbleiben! Die Aktivisten (v.r.n.l.) Carsten Zinn (ver.di), Anja Tack (LINKE), Andreas Steiner (Grüne Liga)

Bürgerwille missachtet

Volksinitiative im Landtag durchgefallen – wie geht es weiter mit dem brandenburgischen Sozialticket?

Bei der abschließenden Debatte zur Volksinitiative Sozialticket im brandenburgischen Landtag stimmten die SPD- und die CDU-Fraktion am 23. Januar gegen eine Landeslösung zur Einführung eines verbilligten Tickets für Bedürftige. Die mit aktiver Beteiligung von ver.di gestartete Initiati-

Zwei Drittel der
Bürger sind dafür

ve hatte im vergangenen Jahr über 33 000 Unterschriften gesammelt. Dass die Regierungsparteien den Bürgerwillen ignorieren, kritisieren die Organisatoren der Volksinitiative nun und stehen vor der Entscheidung, beim Landtagspräsidenten die Einleitung eines Volksbegehrens zu beantragen. Mittlerweile haben entsprechende Beschlüsse der Initiatorenverbände von ver.di, Arbeitslosenverband, Volkssolidarität, Grüner Liga, Bündnis 90 / die Grünen und Die Linke den Weg dafür frei gemacht.

Nachdem die Sozialticket-Initiative bereits im Verkehrs- und Sozialausschuss durchgefallen war, versagte Ende Januar auch der Hauptausschuss des Potsdamer Landtages seine Unterstützung. Gleichzeitig begrüßte man vollmundig die „Aktivitäten von Kreisen und kreisfreien Städten, bedürftigen Menschen verbilligte Tickets für den öffentlichen Nahverkehr anzubieten“. Auch sollen

bestehende regionale Sozialticket-Systeme „auf ihre Wirksamkeit überprüft“ werden. Speziell bei der brandenburgischen SPD-Fraktion sieht man in „lokalen Aktivitäten“ das Allheilmittel und betont immer wieder, dass „ganz klar die Kreise und kreisfreien Städte“ zuständig seien. Sie könnten selbst entscheiden, ob sie mit den ihnen bereitgestellten Mitteln für den öffentlichen Personennahverkehr „auch verbilligte Tickets finanzieren“. Fest stehe dagegen: „Das Land kann dafür nicht zusätzlich zur Kasse gebeten werden.“ Es gebe bislang bundesweit kein Flächenland, das Sozialtickets anbiete. Einige Kreise, wie Dahme-Spreewald, hätten dagegen bereits solche Tickets eingeführt oder planten das. Und Fahrtkosten für Arbeitslose zu Bewerbungsgesprächen übernehmen die Arbeitsagenturen...

Für Carsten Zinn, Erstunterzeichner der Volksinitiative und gesetzlicher Vertreter für ver.di Berlin-Brandenburg, ist dies weder eine stimmige noch befriedigende Argumentation. Man wage in den Regierungsparteien nicht, ernsthaft etwas gegen das Anliegen vorzubringen – auch mit Blick auf die diesjährigen Kommunalwahlen und die Landtagswahl 2009. Gleichzeitig lehne man ernsthafte Schritte in diese Richtung ab und nähme den Willen der Bürgerinnen und Bürger nicht ernst. Nach einer aktuellen emnid-Umfrage befürworteten 76 Prozent der Landesbe-

völkerung das Sozialticket, von dem bis zu 300 000 Berechtigte profitieren könnten. Verweise auf angeblich fehlende Zuständigkeiten und Finanzgründe sind für den Gewerkschafter vorgeschoben und bemänteln nur den „mangelnden sozialpolitischen Willen“ der Regierungskoalition. Landkreise und kreisfreie Städte können nur dann ein Sozialticket anbieten, wenn sie einen ausgeglichenen Haushalt aufweisen. Außerdem wurden die Mittel für den öffentlichen Personennahverkehr aus dem Landeshaushalt, aktuell 83 Mio Euro pro Jahr, immer wieder gekürzt. Die Teuerungsrate von drei Prozent und die geplante erneute Fahrpreiserhöhung vom Verkehrsverbund

Landesweite Lösung
sichert Chancengleichheit

Berlin-Brandenburg (VBB) mache Mobilität für sozial Schwächere gerade noch teurer. „Chancengleichheit läßt sich nur durch Finanzierung einer landesweiten Lösung herstellen“, ist Carsten Zinn überzeugt.

Für ein Volksbegehren, das offiziell vom Landeswahlleiter in die Wege geleitet würde, müssten sich innerhalb von vier Monaten 80 000 Unterstützer in Listen eintragen, die in den Einwohnermeldämtern ausliegen. Am 28. Januar hat der ehrenamtliche ver.di-Landesbezirksvorstand Berlin-

MELDUNGEN

Tarifverhandlungen bei Zeitungsverlagen

In den drei großen brandenburgischen Zeitungsverlags- und Druckereibetrieben geht es gegenwärtig um Tarifaufschlüsse, die eine Annäherung an den bundesweit geltenden Flächentarif schaffen sollen. Die Tarifverhandlungen für 2007 bei der Märkischen Allgemeinen in Potsdam wurden am 5. Februar 2008 mit einer fünfprozentigen Erhöhung der Jahresleistung, dem Ausschluss von Outsourcing und der Verlängerung der Verträge zur Altersteilzeit abgeschlossen. Einkommenstarifverhandlungen für 2008 sind dort für April vorgesehen. Bei der Märkischen Oderzeitung in Frankfurt/O. starten Haustarifverhandlungen am 5. März. Ebenfalls im März soll eine Haustarifrunde auch bei der Druckerei der Lausitzer Rundschau in Cottbus beginnen.

Freispruch begrüßt

Mit großer Genugtuung haben Freunde und Kollegen der Solidaritätsgruppe und in ver.di den Freispruch von Matti Z. vor dem Amtsgericht Berlin-Tiergarten Mitte Dezember begrüßt. Der Antifaschist und Gewerkschafter war nach den Vorwürfen „versuchten Totschlags“ verhaftet worden (Sprachrohr berichtete). Dafür saß der Beschuldigte – ein Skandal angesichts der Ermittlungsmethoden – über 100 Tage in Untersuchungshaft, musste aber schließlich auch vom abgemilderten Vorwurf der gefährlichen Körperverletzung freigesprochen werden. **red.**

Brandenburg einstimmig den Beschluss gefasst, sich an einem möglichen Volksbegehren zur Einführung eines landesweiten Sozialtickets in Brandenburg zu beteiligen. Landesbezirkschefin Susanne Stumpfenhusen hat sich mit einem flammenden Appell an alle ver.di-Mitglieder in Brandenburg gewandt und zugleich alle zukünftigen Berechtigten aufgerufen, sich den hohen Herausforderungen des Volksbegehrens zu stellen. **neh**

Viele träumen von der Selbstständigkeit. Andere werden in diese Richtung gedrängt. Immerhin reizt der Gedanke an ein selbstbestimmtes Leben mit frei einteilbaren Arbeitszeiten und gutem Einkommen. Doch der Schritt sollte wohl bedacht sein.

Bei ver.di gibt es eine relativ kleine Gruppe von Solo-Selbständigen. Ein eigenes Referat ist für sie zuständig, das Fortbildungs- und Vernetzungsplattformen – etwa die Selbständigentage – bietet. Im Landesbezirk Berlin/Brandenburg konzentrieren sich die Freien vor allem auf die Fachbereiche 8 Medien, Kunst und Industrie sowie FB 5 Bildung, Wissenschaft und Forschung. Im FB 8 tummeln sich Freie und Selbständige in den unterschiedlichsten Berufen: Eine bunte Truppe von Journalisten, Tänzerinnen, Mediengestaltern, Kameraleuten, Schauspielern, Künstlerinnen, Schriftstellern und Musiklehrerinnen.

Damit aus einem freien Ritt keine Bauchlandung wird, hilft Andreas Köhn, Leiter des Fachbereichs 8 im Landesbezirk Berlin/Brandenburg, Gründungswilligen beim Start. Er leistet Unterstützung bei der Antragstellung für den Existenzgründungszuschuss und stellt die Gretchenfrage: Hat das Vorhaben Sinn und besteht Aussicht auf Erfolg? Kann es den Lebensunterhalt sichern? „Ich bin bereit, mich mit den Leuten intensiv, sachlich und sachkundig auseinanderzusetzen“, sagt Köhn. Allzu abenteuerliche Ideen versuche er „auch schon mal

auszureden“. Etwa, wenn jemand ganz allein einen Fernsehsender gründen will. Oder wenn in der Planung die teuren Visitenkarten und Geschäftspapiere ganz oben anstehen. Viele Gründer bewerten die zukünftige Einnahmesituation zu optimistisch und unterschätzen die Kosten. So mancher, der mal während seines Studiums etwas fürs Feuilleton geschrieben hat, denkt, es sei ganz leicht, damit seinen Lebensunterhalt

FREI UN

zu bestreiten. Aber die wenigsten haben Kapital im Rücken. Deswegen sollte die Anlaufzeit bedacht werden – es

Foto: TIPS/Harald Sund



Über die Bedürfnisse der Freien und die Angebote, die ver.di auf Landes-, aber auch auf Bundesebene für sie macht, spricht die freie Journalistin Silke Leuckfeld, die sich in mehreren Gremien für sie engagiert.

Wie viele Freie und Selbständige sind im ver.di-Landesbezirk Berlin/Brandenburg organisiert?

Es müssten rund 8.000 sein. Viele davon sind im künstlerischen und im Medienbereich tätig. So hat die Deutsche Journalisten Union (dju) im Landesbezirk Berlin/Brandenburg circa 4.400 Mitglieder. Etwa 75 Prozent davon sind nach unserer Schätzung Freie. Den Großteil davon bilden die Journalistinnen und Journalisten, aber das Spek-

ZUSTÄNDIG FÜR DIE „EXOTEN“

trum reicht von Kameraleuten über Fotografen bis hin zu Gestaltern.

Welche Ämter bekleidest Du und welche Aufgaben sind damit verbunden?

Als Vertreterin der freien Mitarbeiter in Berlin/Brandenburg sitze ich im Landesbezirksvorstand und im Präsidium. Außerdem bin ich in die ver.di-Bundeskommision für Freie und Selbständige (BKS) delegiert. In der dju habe ich den stellvertretenden Landesvorsitz übernommen. Bei der Landeskommission geht

es vor allem darum, den Kollegen eine Plattform zu bieten, auf der sie ihre Sachen selbst präsentieren können. Wenn Angehörige einer Fachgruppe etwas organisieren wollen – wie die monatliche Music-Lounge der Fachgruppe Musik – unterstützen wir sie dabei. Ein wichtiges, noch zu beackerndes Feld ist die Vernetzung der selbständigen und freiberuflichen Kolleginnen und Kollegen.

Bei der dju bin ich zuständig für die Aktualisierung der Website und die Organisation des Medientreffs. Wir nehmen uns einmal im Monat ein Thema vor, das Journalisten

und Journalistinnen, aber auch andere Mitglieder des FB 8 interessiert – etwa zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung oder zu Künstlersozialkasse (KSK). Auch spezielle inhaltliche Themen knöpfen wir uns vor – die Abende etwa zum Rechtsextremismus oder zu Scientology waren sehr gut besucht. Mehrmals im Jahr organisieren wir eintägige Seminare zum Presserecht.

In der besseren sozialen Absicherung für Freie sehe ich allerdings vor allem eine politische Aufgabe. Gerade hat etwa der Deutsche Industrie- und Handelskammertag mit

D FEST IM SATTTEL?

braucht Zeit, bis man nicht mehr auf jede pünktliche Zahlung angewiesen ist und verschmerzen kann, wenn ein Auftrag wegbriecht.

„Mit ein bis zwei Jahren Anlaufzeit sollte man rechnen“, erklärt Bernd Hubatschek von Medien Kunst Kultur Consult, der sich seit 15 Jahren um Selbständige und solche, die es werden wollen, kümmert. Zu ihm kommen Menschen, die sich mit der Selbständigkeit den Traum von der großen Freiheit erfüllen wollen, die eigene Pläne verwirklichen und sich ausprobieren wollen. Das ist

allerdings die Minderheit. Die anderen kommen, weil die Rahmenbedingungen es erfordern – Festanstellungen werden seltener. „Heute ist es normal, dass Leute die Selbständigkeit als eine Option prüfen müssen. Gerade in der Medienbranche und im künstlerischen Bereich sind die Strukturen einfach so, dass viel freiberuflich gearbeitet wird“, sagt der Berater. Seine Klientel ist bunt, sie reicht von der Bauchtänzerin bis zum Grafikdesigner.

Für seine Kunden hält er Grundpakete bereit: Bei der klassischen

Existenzgründungsberatung geht es um Konzepte, betriebswirtschaftliche Grundlagen, soziale Absicherung und praktische Schritte. Auch beim Vorbereiten der Förderanträge für den Gründungszuschuss hilft er und gibt am Ende eine „fachliche Stellungnahme“ ab. Eine Grundberatung zum Gründungszuschuss kann in anderthalb bis zwei Stunden erledigt sein, eine KSK-Komplettbetreuung schlägt mit anderthalb Stunden zu Buche. Zeitaufwändiger ist das gründungs begleitende Coaching. In einem intensiven Prozess werden Ziele definiert, Schritte festgelegt.

Abraten will Hubatschek vom Sprung ins kalte Wasser nicht: „Die Verdienstmöglichkeiten in den Medienberufen haben sich in den letzten Jahren verbessert, es gibt mehr Aufträge.“ In der Kunstszene sei es nach wie vor schwierig: „Viele können sich kein Atelier leisten.“

Im Auftrag von ver.di gibt Hubatschek im Landesbezirk auch Seminare für Freie. Neben klassischen Existenzgründungsseminaren sind vor allem die Seminare zur Selbstvermarktung journalistischer Arbeit begehrt. Dabei stehen die Erfahrungen der Einzelnen im Mittelpunkt. Da es Patentlösungen nicht gibt, lebt das Seminar vom Input der Referenten und der Teilnehmer, die auch voneinander lernen. Hubatschek

rät dringend, die Freiberuflichkeit professionell anzugehen. Es sei sinnvoll, einen Plan aufzustellen, auch wenn man es nicht wegen irgendwelcher Förderungen muss: „Da rufe ich oft in den Wald hinein, aber es schallt nichts zurück.“ Man sollte sich genau überlegen: Was will ich machen, wer sind meine Zielgruppen und wo finde ich sie? Wie sortiere ich mich preislich, welche Akquisemittel und -methoden will ich anwenden? Und ganz wichtig: Welche Kontakte habe ich? Diese Professionalität im Gründungsprozess auch in der Selbständigkeit beizubehalten, möchte er den Leuten ans Herz legen.

Alle Informationsquellen abzuschöpfen empfiehlt Köhn den Gründungswilligen: „Gutscheine von den Jobcentern sollte man nutzen, sich vor allem betriebswirtschaftliche Kenntnisse aneignen.“ Das beste Konzept bringe nichts, wenn man nicht rechnen kann, ob sich ein Auftrag auch lohnt oder ob am Ende die Reisekosten den Gewinn auffressen. Man solle sich davor hüten, mit Niedrigpreisen auf den Markt zu gehen: „Davon kommt man nicht mehr weg, Erhöhungen macht der Kunde selten mit. Lieber von Anfang an so kalkulieren, dass man davon leben kann.“ Vieles ist zu

organisiert sind. Die Interessenvertretung richtet sich dabei nach innen und nach außen.

Was heißt „nach innen“...?

Innerhalb der Gewerkschaft existieren durchaus Unstimmigkeiten darüber, wie mit Selbständigkeit umzugehen ist. Noch gibt es in der Gesamtorganisation kein Bewusstsein dafür, dass auch Selbständige und freie Mitarbeiter organisiert sind, nach wie vor haben sie ein wenig den Status von Exoten. Dabei wächst ihre Zahl aufgrund des Strukturwandels am Arbeitsmarkt. Es gilt also, den Boden für die Interessen der Selbständigen zu bereiten.

...und was „nach außen“?

INFORMATIONEN

HIER ZUR QUELLE

WEBSITES:

www.arbeitsagentur.de/zentraler-Content/A05-Beruf-Qualifizierung/A052-Arbeitnehmer-Publikation/pdf/Hinweise-und-Hilfen-Existenzgruendung.pdf
www.freie.verdi.de
www.mediafon.info
<http://dju.verdi.de/>
<http://dju-berlinbb.verdi.de/>

ANSPRECHPARTNER:

Bernd Hubatschek

Medien Kunst Kultur Consult,
 Gotlandstraße 7, 10439 Berlin,
 Fon: 030 / 44 65 08 10, MKKConsult
 @aol.com, www.mkk-consult.de

Andreas Köhn

Landesbezirksleiter Berlin/Brandenburg,
 Köpenicker Straße 30,
 10179 Berlin, Fon: 030 / 88 66 –
 4106, E-Mail: andreas.koehn@
 verdi.de, http://bb.verdi.de

TREFFS UND STAMMTISCHE:

(siehe auch Seite 15):

Medientreff

Actors Table

VS-Stammtisch

Musik: Konzertreihe in der Medien Galerie

überlegen, Motivation und Disziplin sind zu prüfen, auch das Umfeld: Ziehen Partner und Familie mit? Wenn all dies stimmt, kann die Selbständigkeit wirklich genau das sein – ein nicht immer leichter, aber letztlich befriedigender Ritt. **ucb**

Ein Beispiel sind etwa die anstehenden Verhandlungen für neue Redaktionstarifverträge und dabei um Empfehlungen bzw. Vereinbarungen über die Honorare. Wir wollen verhindern, dass Freie zu absoluten Dumpingpreisen die Löcher in den Redaktionen stopfen.

Welchen Service bietet ver.di im LBZ Berlin/Brandenburg?

Es gibt ein preiswertes übergreifendes Seminarangebot, dazu die erwähnten Stammtische, die prinzipiell für alle Kolleginnen und Kollegen offen sind. Freie sind gut aufgehoben: Ich wüsste nicht, wo sie sonst bei ver.di zu allen möglichen Fragen eine so gute Beratung und spezielle Fortbildungsangebote bekommen.

fadenscheinigen Argumenten die Abschaffung der KSK gefordert. Der Kollege Rüdiger Lühr hat dazu eine treffende Antwort verfasst, die auf der Freienwebsite von ver.di nachzulesen ist.

Mit welchen Problemen kommen Freie zu ver.di?

Häufig geht es um Urheberrechtsverletzungen, immer bedenkenloser werden Texte geklaut. Dauerbrenner sind Kunden im Zahlungsverzug, zu niedrige Honorare und KSK-Probleme. Oder wir haben es mit Freien zu tun, die Probleme mit ihrem Status beim öffentlich rechtlichen Rundfunk haben.

Was macht eigentlich die Bundes-

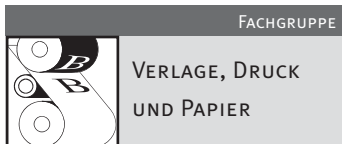


Silke Leuckfeld

kommission Selbständige?

Darin sitzen Vertreter aus allen Fachbereichen, in denen Freie or-

Foto: Maichel Dutta



FACHGRUPPE
VERLAGE, DRUCK
UND PAPIER

Schluss mit billig!

Tarifforderung in der Papierverarbeitung bei acht Prozent

Am 31. März 2008 laufen die Lohn- und Gehaltstarifverträge für die Beschäftigten der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Betriebe aus. Eine bundesweite Tarifrunde steht an, in der es um bessere Arbeitsbedingungen und höhere Einkommen geht. Obwohl es der Branche wirtschaftlich seit längerem gut geht und es Zeit wäre für kräftige Lohnerhöhungen, werden diese nicht vom Himmel fallen, erklärt die ver.di-Tarifkommission.

Es gäbe keine sachliche Begründung für Lohnzurückhaltung oder sogar Verzicht, macht ver.di in der Tarifforderung 2008 deutlich. Praktisch alle wirtschaftlichen Indikatoren in der Papierverarbeitung weisen eine positive Entwicklung auf. Der Hauptverband Papier- und Kunststoffverarbeitung (HPV) jubelte, als die Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitende Industrie im Jahr 2006 „erstmal in ihrer Branchengeschichte“ die „Produktionsschallmauer von 10 Mio Tonnen durchbrochen“ und insgesamt 10,6 Mio

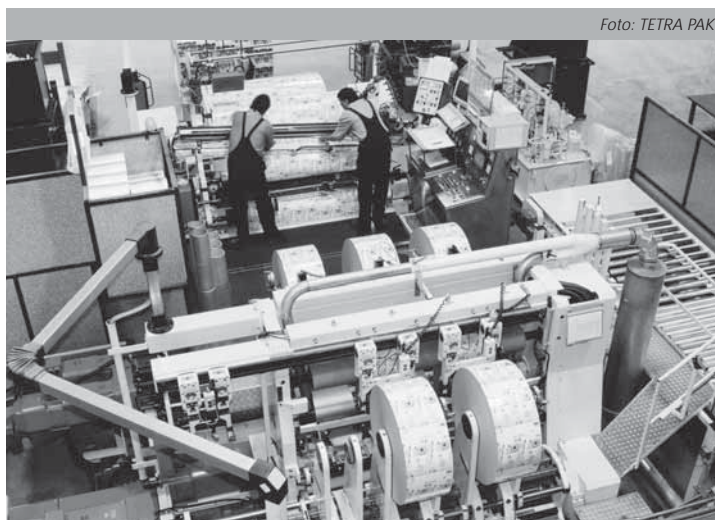


Foto: TETRA PAK

Mehr Lohn auch an der Zuschneidemaschine bei Tetra Pak!

Tonnen Papier- und Pappwaren hergestellt hatte. Innerhalb des letzten Fünfjahreszeitraumes konnte das Produktionsvolumen der deutschen Papierarbeiter damit um 17 Prozent gesteigert werden. Vor allem im Verpackungsmarkt wurden teilweise sogar über 30prozentige Zuwächse erzielt.

Lediglich die Teilsektoren Haushalt- und Hygieneartikel sowie Schreibwaren und Bürobedarf halten mit diesen Umsatzentwicklungen nicht mit.

Auch die Exportquote der Branche wächst zweistellig und die erzielten Preise steigen. In den ersten drei Quartalen 2007 wuchs

der unbereinigte Produktionsindex der Papierverarbeitung um durchschnittlich sechs Prozent und lag damit über dem Schnitt des gesamten produzierenden Gewerbes. Die Auslastung der Produktionskapazitäten erreichte 2006/07 ebenfalls Rekordwerte.

Die gestiegene Produktivität – seit 2006 ist der Anstieg sprunghaft und liegt aktuell bei 6,5 Prozent – geht allerdings mit Leistungsverdichtung und vielerorts mit längeren Arbeitszeiten für die Beschäftigten einher. Die Reallohnentwicklung ist rückläufig und wies für die Jahre 2006 und 2007 einen Verlust von 2,2 Prozent auf.

„Schluss mit billig. Kräftige Lohnerhöhungen in der Tarifrunde der Papierverarbeitung 2008!“, fordert deshalb die ver.di-Tarifkommission. Aus Gewerkschaftssicht liegt der verteilungsneutrale Spielraum über acht Prozent. Mit einer Forderung in diesem Bereich will man angesichts steigender Lebenshaltungskosten deshalb auch in die Verhandlungen gehen. **neh**

EISLERKREIS

Gemeinsam mit PRO

Um künftig den Eislerkreis der ver.di-Betriebsgruppe Rundfunksenioren mit interessiertem Publikum anzureichern und unser Raumproblem dauerhafter zu lösen, wurde entschieden, uns der Begegnungsstätte PRO im Bund der Antifaschisten Treptow e.V. anzuschließen. Der Eislerkreis und PRO stehen für ein artverwandtes Themenprogramm. Veranstaltungen finden deshalb künftig in der Begegnungsstätte PRO-Baumschulenweg, in der Kieffholzstr. 275 statt. Verkehrsverbindungen: Bus-Linie 166 ab S-Bahnhof Treptow bzw. Schöne-weide bis Haltestelle Mosischstr. (Rote Schule/Treptow-Kolleg) oder 10 Min. zu Fuß vom S-Bahnhof Baumschulenweg entlang der Baumschulenstraße bis Kreuzung Kieffholzstraße. In diese nach rechts einbiegen bis Kieffholzstr. 275, zum Ende des Schulgebäudes. **B. Kellner**

Ein voller Erfolg

Nach seinem Prozessgewinn kehrte Herlitz-Mitarbeiter an seinen Arbeitsplatz zurück

Bereits Anfang November 2007 hatte Frank Scholz (Name geändert) sein Kündigungsschutzverfahren gegen Herlitz vor dem Arbeitsgericht Berlin gewonnen (siehe Sprachrohr 6/07). Zum 1. Januar konnte der Mann nun an seinen Arbeitsplatz zurückkehren; Herlitz hatte darauf verzichtet, gegen die Entscheidung des Gerichtes Rechtsmittel einzulegen.

Ein voller Erfolg sei der Ausgang dieses Verfahrens, heißt es aus dem ver.di-Fachbereich Medien. In der Urteilsbegründung stellte das Gericht eindeutig klar, dass für Frank Scholz im Sommer 2007 ein Arbeitsplatz zur Verfügung gestanden hätte. Einem Kollegen mit befristetem Vertrag und weniger Berufserfahrung hätte bei korrekter Auswahl ge-

kündigt werden müssen. Insofern sei die Kündigung Frank Scholz' rechtsunwirksam.

Der Ärger hatte für den langjährig Beschäftigten schon 2006 begonnen. Nach Umstrukturierungen im Unternehmen gab es bei Herlitz häufig Unregelmäßig-

Sozialauswahl
nicht korrekt

keiten bei den Abrechnungen. Nachdem Frank Scholz wiederholt die ausstehenden Zahlungen gefordert hatte, wurde er zunächst in eine Abteilung versetzt, in der er berufsfremde Arbeiten ausführen musste. Als im Sommer 2007 weitere Kündigungen anstanden, fand sich plötzlich

Frank Scholz' Name auf einer entsprechenden Liste – obwohl die Abteilung, in der er arbeitete, gar nicht von Entlassungen betroffen war.

Das Arbeitsgericht bezog sich allerdings in seiner Urteilsbegründung ausschließlich auf den Aspekt, dass für Frank Scholz zum Zeitpunkt seiner Kündigung ein adäquater Arbeitsplatz zur Verfügung gestanden hätte.

Die Arbeitgeberseite verzichtete letztlich, gegen das Urteil Widerspruch einzulegen. Frank Scholz konnte seine Arbeit bei Herlitz im erlernten Beruf wieder aufnehmen.

Derzeit laufen noch weitere Arbeitsgerichtsverfahren gegen den Berliner Büroartikelanbieter, bei denen es um Kündigungen geht, die bei Herlitz im Sommer 2007 ausgesprochen wurden. Auch bei einigen dieser Entlassungen waren die Gründe schwer nachzuvollziehen. Über Verlauf und Ausgang dieser Gerichtsverfahren wird das Sprachrohr noch ausführlicher berichten.

Gudrun Giese

Die Zuschauer als Entdecker

Zauberhaftes und Ungewöhnliches im Weiten Theater in Lichtenberg



Ein Besuch im Weiten Theater in der Parkaue in Lichtenberg in der Adventszeit – „Frau Holle“ stand auf dem Spielplan. Die Co-Produktion mit dem Theater des Lachens, Frankfurt/O., hatte im November 2007 Premiere. Die große Treppe hinauf tummelten sich viele sechs- bis achtjährige Kinder mit ihren Erzieherinnen und Eltern ins weihnachtlich geschmückte Foyer.

Vorfremdiges Gewusel und Kinder voller Spannung. Winter- und Weihnachtslieder, in die alle Besucher zur Gitarre einstimmen konnten, dämpften die Quirligkeit. Einige Besucher bestaunten auch die schaurig-schönen Figuren im Foyer. Dann ein lauter Gong. Es wurde dunkel. Und bald wieder Licht: Ein großes rundes Bett, auf dem Ida schläft, sich wachräkelt, etwas sucht in den vielen Kissen, schließlich findet: Matti, der Bruder, wird wachgerüttelt und es beginnt eine große Kissenschlacht. Schließlich kommen die Kinder auf die Idee, aus dem Fenster zu schauen. Matti erinnert sich an den Wohnungsschlüssel, aber sie dürfen nicht allein nach draußen. Matti legt den Schlüssel aufs Fensterbrett, plötzlich fällt er hinunter. Ein Unwetter? Ida wird aus dem Fenster gezogen. Und landet auf einer großen bunten Wiese mit vielen bunten Klangblasen. Bis dahin agierten zwei junge Schauspieler. Nun tänzelt Ida als Puppe lustig auf den Blasen, dabei entsteht eine schöne Melodie. Hinter Ida, an der Fensterwand, werden inzwischen die Äpfel reif, der Boskop, der rotbackige Gala, der Golden Delicous, der Cox Orange und der Granny Smith. Die Äpfel sprechen miteinander und rufen: Wir sind reif, wir sind reif, schüttel uns. Neben Ida dampft es. Brote rufen: Hol uns heraus, wir verbrennen, wir verbrennen! Ida ist fleißig. Überall hilft sie. Als die Äpfel und Brote auf dem Fenstersims liegen, passiert es wieder: Ein Unwetter? Alles wird weggesogen.

Auch Ida. Sie landet bei Frau Holle. Dort wird fleißig mit den Betten geschüttelt. Geschüttelt und geschüttelt. Bis, ja, bis es eine sehr schöne glitzernde Belohnung, eine schillernde Kristallglaskugel gibt und Ida, blitzplotz, wieder im großen Bett liegt, als Schauspielerin. Matti ist natürlich begeistert, als er die Kristallkugel sieht und die Geschichte hört. Er will das auch erleben. Aber er ist nicht der Fleißigste und am Schluss bekommt er das, was er verdient: Nichts. Begeisterte Zustimmung und leb-

Komischer Oper, dem FEZ, an der Schaubude, in der Kirche Moabit unterwegs. Einige Preise hat das Weite Theater bereits nach Berlin mitgebracht. Zum Team gehören: Künstlerische Leitung – Irene Winter, Martin Karl; Ensemble – Irene Winter, Torsten Gesser, Martin Karl; Technik – Malte Hahn, Steffen Süß; Ökonomie und Öffentlichkeitsarbeit – Heidi Korth.

Die Inszenierungen integrieren klassisches und experimentelles Puppenspiel mit all seinen Facetten in das Schauspiel. Schauspiel,

Gestaltung als Entdecker der bedingten Zusammenhänge zu fühlen. Er wird Teilnehmer und Partner eines spannenden und unterhaltsamen, poetischen Vorganges. Gutes Theater eben! ...“

Zum umfangreichen Repertoire gehören Kinderstücke, aber auch solche für Jugendliche und Erwachsene, Inszenierungen wie „Schneewittchen“, „Angstphase Pfeffernase“, „Bei der Feuerwehr wird der Kaffee kalt“, „Der siebte Zwerg“, „Reise ins Paradies – als die Welt noch jung war“, „Der Sum(m)erer“, „Das kleine Ich bin ich“, „Der weiße Hammer – ein schwarzes Stück“, „Die Rückkehr des Bösen“ und viele andere. Für alle können theaterpädagogische Vor- und Nachbereitungen gebucht werden, wovon vorrangig Gruppen Gebrauch machen.

Auch ein Theaterjugendklub arbeitet im Haus. Grundlage der Arbeit mit Jugendlichen ist das gesamte Spektrum der Theaterpädagogik – die Arbeit mit Stimme, Körper, Sprache. Neben Experimenten auf den Gebieten Tanz, Musical, szenischen Lesungen u. a. steht das Schauspiel im Mittelpunkt. Für viele Mitglieder ist die Bühne ein Feld des Erprobens, des Reflektierens, des Nachdenkens und Erspielens ihres Umfeldes, eine emotionale und intellektuelle Phase, ehe die Jugendlichen ihre Berufswahl treffen. Für einige ist es aber auch der Einstieg in eine puppen- und schauspielerische Laufbahn. Theaterpädagogisch betreut wird der Jugendtheaterclub von Martin Karl. Die Endprobenphasen der jeweiligen Inszenierungen werden vom gesamten Ensemble geleitet. Im Jahr 2007 erarbeitete die Jugendtheatergruppe www.das-weite-theater.de „HELLE WEITEN“ eine multilokale szenische Lesung – skurrile Geschichten für Erwachsene von Michael Ende.

Ein herzliches Toi, Toi, Toi dem gesamten Team für alle weiteren Unternehmungen!

Roswitha Weber

Das WEITE THEATER befindet sich in Lichtenberg in der Parkaue 25-29, im Gebäude zusammen mit der Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“, Abteilung Puppenspielkunst und dem THEATER AN DER PAKAUE. (Nähe S- und U-Bahnhof Frankfurter Allee)



Menschen und Puppen agieren gemeinsam und zauberhaft

hafte Kommentare der kleinen und großen Zuschauer...

DAS WEITE THEATER, Theater für Puppen und Menschen – wurde 1991 vom Freundeskreis gegründet und hat seit März 2003 seinen festen Spielplatz in der Lichtenberger Parkaue. Mittlerweile sind 54 Eigen- und Koproduktionen für Groß und Klein entstanden, gespielt werden etwa 200 Vorstellungen im Jahr, 80 Gastspiele finden im In- und Ausland sowie auf Festivals statt: z.B. in Österreich, Ungarn, Mazedonien, Serbien, Italien, Bosnien Herzegowina und den Niederlanden. In der Bundesrepublik sind die Theatermacher in Sankt Wendel, Lörrach, Dessau, Northeim, Frankfurt/Oder, Göttingen, Detmold, Straubingen, Iserlohn, Bochum und innerhalb Berlins a.u. in der

Puppenspiel, Licht und (Live-)Musik werden gleichwertige Darsteller. So agieren Puppen und Menschen auf der Bühne und spielen für ein Publikum ab 5 Jahre. Den Blick auf das Zauberhafte und Ungewöhnliche in Märchen und anderen Geschichten zu öffnen, ist Ziel des Theater-Teams.

Bühne als Feld des Erprobens

Dem Ensemble wurde zum 15jährigen Jubiläum bescheinigt: „...Geschichten zu spielen, um Menschen darzustellen, grenzt sich vom ‚Vorstellen gefundener Formen‘ derart ab, dass der Zuschauer in die genussvolle Lage gebracht ist, sich in der Form, der

MUSIC-LOUNGE IN DER GALERIE

„Eine in Rot strahlende, über dem Gehweg liegende Lichterkette zieht mich von der unruhigen Dudenstraße hinein in die mit verschiedenfarbigen, sich durch den Ausstellungsraum bewegenden Lichteffekten funkelnde Traumwelt der Medien Galerie. Hineingelockt von den bunten Lichtern werde ich von fließenden, miteinander verschmolzenen Klängen und Rhythmen empfangen. Getragen von den Wellen der Musik, scheinen die Grenzen von Raum und Zeit zu verschwimmen. Ehe ich mich versehe, befinde ich mich mit Hilfe der vorhandenen Instrumente und Klangkörper auf einer interaktiven Reise in mich selbst.“

Dies sind Impressionen von nur einer der vielen verschiedenen Veranstaltungen, die von der Fachgruppe Musik in der Medien Galerie – Dudenstraße veranstaltet werden. Ein Musicalabend, Schülervorspiele, eine musikalischer Ausflug nach Australien und vieles mehr war Bestandteil unserer erfolgreichen Konzertreihe, die wir immer am letzten Schulfreitag im Monat durchführen. Für 2008 sind bereits interessante Themen geplant, die thematisch Ausstellung und Musik verbinden werden. Interessierte sind herzlich eingeladen!

Lutz Fußangel

Informationen unter www.medien-galerie.org, Medien Galerie, Dudenstr. 10, 10965 Berlin



Foto: transit/v. Polentz



„Berlin, Berlin, wir fahren nach Berlin“ – bisher ist dieser Slogan von Fußballfans vor dem DFB-Pokalfinale bekannt. Doch nun wird er auch Leitspruch einer Kulturmarketing-Kampagne der Tourismusbranche. Im ersten Jahr sollen dafür drei Millionen Euro ausgegeben werden, in den folgenden zwei Jahren je 2,5 Millionen. Außerdem werden gezielt Sponsoren gesucht Zusätzlich, so hat der Senat kürzlich angekündigt, soll es im kommenden Jahr eine

Taler nur für Touristen

Kulturmarketing rauscht an Künstlern vorbei

weltweite Imagekampagne für Berlin geben. Diese wird derzeit vorbereitet. Der Rubel rollt, der Tourismus boomt, die Werbetrömmel wird gerührt... Alles bestes in der Szene!

Wenn da nicht die Künstler wären. In der allgemeinen Hysterie des Booms wurde vergessen, dass viele Menschen, die an der Gestaltung dieser Projekte beteiligt sind, davon ihren Lebensunterhalt bestreiten, Familien ernähren müssen. An denen ist der Zug bis

jetzt vorbeigerauscht. Die Musikschulkkräfte warten seit vielen Jahren auf eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen. Honorare wurden seit geraumer Zeit nicht mehr erhöht (die letzte vereinbarte Erhöhung vom 1. August 2007 trat nun endlich zum Jahresanfang 2008 in Kraft). Feste Stellen, die für eine qualitativ hochwertige Arbeit stehen, werden in immer größerem Umfang gestrichen und in eine für den Bezirk und die Veranstalter wesentlich

leichter zu manövrierende Masse der Honorarkräfte umgewandelt.

Wenn die Kultur Berlins auf gesunden Füßen stehen soll, reicht es nicht aus, nur die Spitze zu fördern. Beginnend mit der künstlerischen Ausbildung unserer Kinder in der Schule über die individuelle Förderung an der Musikschule, deren Mitarbeiter eine verlässliche Basis ihrer qualitativ hochwertigen Arbeit existentiell benötigen, bis hin zu einer verlässlichen Lohnpolitik für Bühne, Ausbildung und Pädagogik: ein funktionierender Unterbau ist zwingend vonnöten, wenn die Kultur Berlins langfristig über ihre Grenzen hinaus in die ganze Welt strahlen soll. **Lutz Fußangel**

WICHTIG

Die ver.di-Bundesfachgruppe Musik startet eine Fragebogenaktion zur Situation der Lehrkräfte. Abgefragt werden Einkommenssituation, Arbeitsbedingungen und Status. Der Fragebogen wird der Kunst & Kultur beigelegt sowie in der nmz abgedruckt. Außerdem kann er unter musik.verdi.de online ausgefüllt werden.

Die KSK verschickt derzeit an die Versicherten Fragebögen. Wir empfehlen dringend, diese ausgefüllt zurückzusenden, da die KSK sonst Desinteresse am Versicherungsverhältnis unterstellt.

Alle sollen ins Theater!

Parkae-Sozialfonds sichert Fast-Umsonst-Eintritt

Die Theatermacher des Kinder- und Jugendtheaters an der Parkae haben in vielen Gesprächen mit dem Publikum erfahren müssen: Die Hälfte der Berliner und Brandenburger Lehrer hat enorme Schwierigkeiten, Vorstellungen mit dem gesamten Klassenverband zu besuchen. Selbst ein niedriger Gruppenpreis von 3,50 Euro pro Schüler ist für viele Familien nicht mehr aufzubringen. Intendant Kay Wuschek ist über diese Entwicklungen bestürzt: „Angesichts der allgemein dramatischen Befunde zum Stand



der kulturellen Bildung bei Jugendlichen und Kindern können wir einer solchen Entwicklung nicht einfach tatenlos zusehen – der Zugang zur Kultur darf gerade den jungen Menschen dieser Stadt nicht aus finanziellen Gründen verschlossen bleiben.“

Deshalb wurde im September 2006 der Parkae-Sozialfonds ge-

schaffen. Die Mittel werden dafür genutzt, dass Kinder und Jugendliche, deren Eltern den regulären Eintrittspreis nicht aufbringen können, jede Aufführung auch mit Karten für 1,50 Euro besuchen können. Andere Theater bundesweit folgten inzwischen dem Beispiel. Bisher kamen im Parkae-Sozialfonds 15.985 Euro durch Spenden zusammen. Davon konnte 2927 Kindern der Besuch des Theaters zu ermäßigten Preisen ermöglicht werden. Aktuell sind rund 7000 Euro im Topf. Die Theatermacher mit sozialer Verantwortung erbitten weitere Unterstützung. **Red.**

Spendenkonto bei der Berliner Bank: Konto-Nr. 340 789 4002 Bankleitzahl: 100 200 00 Stichwort: Sozialfonds

-ky – ein Kürzel steht für eine Sucht

Horst Bosetzky kann auch mit 70 keinen Tag leben ohne zu schreiben



Zunächst herzlichen Glückwunsch zum 70., lieber -ky. Ist der Geburtstag ein Datum zum Kürzertreten für den Krimiautor -ky, den Vorsitzenden des Berliner VS und den emeritierten Soziologieprofessor Horst Bosetzky?

Horst Bosetzky: Kürzertreten? Vielleicht bei meiner täglichen Walking Strecke – sieben km pro Stunde schaffe ich nicht mehr, aber bei 100 km pro Woche bleibt es. Ansonsten schreibe ich so viel, dass die Verlage gar nicht alles abnehmen können. Etwa acht ungedruckte Romane habe ich im Computer. Das macht ökonomisch keinen Sinn, aber ich kann nicht leben, ohne zwei bis vier Stunden am Tag zu schreiben. Das hat Suchtcharakter und zugegebenermaßen etwas von narzisstischer Bedürftigkeit.

Das Jubiläum legt die Frage nahe: Beabsichtigst Du, der langen Liste Deiner schöngestigen Werke – 37 Krimis, 17 Romane, 10 Nachschlagewerke und Anthologien, dazu 4 Bücher über den Berliner Nahverkehr zählt Wikipedia auf – Memoiren hinzuzufügen?

Bosetzky: Mit den neun Büchern meiner Familiensaga, die alle mit der Berliner Leib- und Magenspeise Kartoffeln verwoben sind, gibt es sie schon. Jetzt erscheint mit „Bratkartoffeln oder die Wege des Herrn“ der letzte Band. Die Hauptfigur Manfred Matuschewski trägt Züge eines



„Mehr!“ Bleib dabei, lieber Horst! Gratulation der Verbündeten.

alter ego. Ich erzähle – gebrochen über meine Familie und viele Bekannte, die mehr oder minder dankbar sind, dass sie sich wiederfinden – Berliner Geschichte und Geschichten. Erlebt habe ich davon einiges. Der Weg vom Berliner Schlüsselkind in einer Neuköllner Hinterhofwohnung über den Industriekaufmann bei Siemens bis zum Soziologieprofessor an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege und den als Begründer des Soziokrimis geltenden Autor war lang. Ich habe zwei Ehen, drei Kinder und eine gerade geborene Enkeltochter aufzuweisen, mein Name steht im Lexikon, ich habe das Bundesverdienstkreuz bekommen und gehöre auf der wissenschaftlichen Ebene zu den wichtigsten deutschen Organisationssoziologen – ich kann glücklich sein, so viel geschafft zu haben.

Seit Mai 2000 bist Du Berliner VS-Vorsitzender, zuvor warst Du ein Jahrzehnt Sprecher des Syndikats, der Vereinigung der Krimiautoren, die schon Mitte der 80er Jahre von Ost und West begann, ideologische Mauern einzureißen. Warum das Engagement?

Bosetzky: Es treibt mich um. Nach wie vor. Aus der 68er Bewegung an der FU habe ich viel Verständnis für Auflehnung und Individualismus mitgebracht. Ein Schlüsselerlebnis rührt aus meinem ersten Studentenreferat über die amerikanische Gewerkschaftsbewegung her, deren Protagonist

Samuel Gompers mit „More!“ eine ganz einfache Forderung erhob. „Mehr!“ will auch ich für den VS. Mehr Lesungen! Mehr Honorare! Mehr Aufmerksamkeit! Wobei mir mit dem VS-Vorstand eine Gruppe engagierter Macherinnen und Macher zur Seite steht.

Eure Aktionen wie der Lesemarathon im März oder die Lesungen zum Jahrestag der Bücherverbrennung werden zunehmend beachtet. Immer mehr Menschen kommen zu Euren Veranstaltungen ...

Bosetzky: ... aber nicht genug! 30-40 Leute, im besten Fall 100, manchmal auch nur fünfeinhalb – es ist schwer, in der reichen Berliner Kulturlandschaft wahrgenommen zu werden. Wir versuchen alles. Ich hab auch schon aus dem Lidl-Schwarzbuch gelesen – Krimi live. Unser Kleinod ist die Serie, in der wir aus Werken fast vergessener Schriftstellerinnen und Schriftsteller vortragen – in der Hoffnung, selbst einmal nicht vergessen zu werden. Fürchterlich wütend macht mich bei all den Anstrengungen die Ablehnung des Senates, in einen Berliner Lesetopf 10 000 Euro zu stecken – eine Förderung, mit der kleinere Buchhandlungen und Bibliotheken Lesungen unserer Kolleginnen und Kollegen finanzieren und mit Honoraren entgelten könnten. Man hat uns eiskalt abfahren lassen. Offensichtlich hält der Senat einheimische Schriftsteller für unwichtig. Natürlich sinnen wir auf Rache – und werden kämpfen.

LESEMARATHON

VS-Lesemarathon vom
31. März bis 04. April

„Früher oder später wird jeder mal zum Täter“ – Geschichten über kriminelle Aktivitäten aller Art gestern und heute: Montag, 31. März 2008, in der Dorotheenstädtischen Buchhandlung, Turmstr. 5, 10559 Berlin (Moabit) Beginn: 20.00 Uhr, Moderation: Jan Eik

„So ein Theater“ Wie konnte das passieren? – Die Bühne des Lebens zu beleuchten – verrückt und kaum zu glauben: Dienstag, 1. April 2008, in der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Roter Salon (Linienstr. 227, 10178 Berlin) Beginn: 20.00 Uhr, Moderation: Monika Ehrhardt-Lakomy

„Literarisches Berlin – Projekte und Probleme“, Podiumsdiskussion mit Horst Bosetzky, Gunnar Kunz, Anja Tuckermann, Urban Blau, Moderation: Dorle Gelbhaar: Donnerstag, 3. April 2008, im Brecht-Haus, Chausseestr. 125 (Berlin-Mitte) Beginn: 20.00 Uhr,

„Herzblut“ – Geschichten von Liebe und Leidenschaft, von Engagement und Mitgefühl: Freitag, 4. April 2008, im Helios Klinikum Berlin-Buch, Schwanebecker Chaussee 50 Beginn: 18.00 Uhr, Moderation: Gunnar Kunz

„Geister, Gespenster, Erscheinungen“: Datum, Ort und Uhrzeit bitte erfragen bei: Christine Obst, Tel.: 030-88 66-54 02 oder unter www.vs-berlin-brandenburg.de

Was wünschst Du Dir für Dein nächstes Jahrzehnt?

Bosetzky: Da Wünsche oft Dimensionen sprengen, sage ich mit altersgemäßer Gelassenheit: Ich warte ab, was kommt und lasse mich überraschen.

Viel Glück auf diesem Weg und herzlichen Dank für das Gespräch! **Bettina Erdmann**

NEUERSCHEINUNGEN

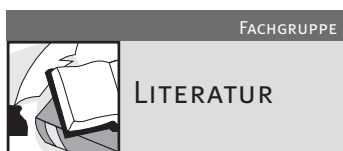
Monika Ehrhardt, Reinhard Lakomy – „Kiki Sonne – eine Sternputzergeschichte“ CD Label, Traumzauberbaum, Vertrieb BUSCHFUNK

Petra Gabriel – „Die Konkubine“ Verlag Josef Knecht, 2008

Reinhild Paarmann – „99 Gedichte im Aufbruch“, Wolfgang Hager Verlag, 2007

Unter der humoristischen Tarnkappe

Nachträglich zum 70. Geburtstag des Vollblut-Satirikers Ernst Röhl



„Es hat lange gedauert, bis die Menschen das Lachen lernten, manche können es heute noch nicht...“, sagt er. Nun, Ernst Röhl hat wie kaum ein anderer dazu beigetragen, dass viele lachten und lachen, darunter etliche, die heutzutage wenig zu lachen haben. Wer schon kann sich seiner Satire, seinem Humor, seinen spritzigen Pointen verschließen? Ich habe gesehen, wie so mancher „Begleitbesucher“ griesgrämig zur Lesung erschien, sich aber sehr bald die Lachtränen

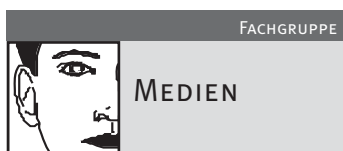
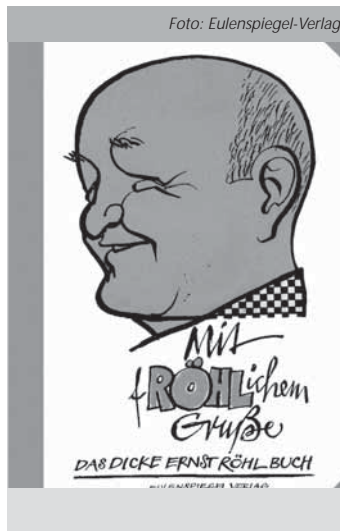
aus den Augenwinkeln wischte ... Um die Menschen das Lachen zu lehren und – wie er von sich sagt: „meinen reichlich seriösen Vornamen zu entschärfen, mied ich mit Vorbedacht all jene Berufe, in denen es nichts oder nur selten was zu lachen gab“. Ein so genannter Comedian, wie sie heute als Massenerscheinung mehr oder weniger geschmackvoll herumblödeln...? Weit, weit gefehlt! (Selbst ein solcher Gedanke wäre sträflich.) Er ist einer, der im wahrsten Sinne den Leuten aufs Maul schaut, dem Alltag ins Getriebe und den Politikern in die Karten – ein zielgenauer, scharfer Analytiker unter der Tarnkappe (f)röhlichen Spitzhumors.

W. Benjamin (1892-1940) meinte dazu: „Nur nebenbei sei ange-

merkt, dass es fürs Denken keinen besseren Start gibt als das Lachen. Und insbesondere bietet die Erschütterung des Zwerchfells den Gedanken gewöhnlich bessere Chancen dar als die der Seele.“

Ja – Stunden des vergnüglichen Lachens mit Röhl machen nachhaltig froh und manchen nachdenklich über das Missliche unserer Tage, das so der Lächerlichkeit anheimfällt. Und wie viel ist da noch zu tun! Diese Aussicht gibt den Tausenden Röhl-Fans und seinen VS-Mitstreitern die Gewissheit, dass er uns weiteres Lachen beschert, auf seine Art Sichten in den Alltag gewähren und darüber zum Nachdenken – Handeln gar? – anregen wird.

H. Routschek



Neuer Vorstand beim RBB

Nachdem der alte Ende November 2007 geschlossen zurückgetreten war, hat die Mitgliederversammlung am 14. Januar einen neuen Geschäftsführenden Senderverbandsvorstand (GVV) gewählt. Gewählt wurden: Judith von Bresinsky (Disponentin), Stephanie Damm (Tontechnikerin), Eduard Hartmann (Kameramann), Marika Kavouras (freie Kamerafrau), Matthias Reich (Toningenieur), Jürgen Schäfer (freier Online-Redakteur), Marion Weinfurter (redaktionelle Mitarbeiterin), Henriette Wrege (freie Autorin) und Frank Zettlitz (Beleuchter). Der neue GVV wird vor allem per E-Mail über seine Arbeit informieren. Im Fokus stehen derzeit die laufenden Tarifverhandlungen. Jüngste Erkenntnisse aus den Arbeitswissenschaften zur Erhaltung bzw. Verbesserungen von Gesundheit und Arbeitsfähigkeit am Arbeitsplatz sollen darin einfließen.

ucb

Kontakt: Fon: 030 / 97 99 38 50 90, E-Mail: verdi-rbb@verdi.de.

Ein guter Ruf ist schnell dahin

Bildende Künstler debattieren mit Fraktionsprechern



Die Anhörung im Abgeordnetenhaus zur Lage der Bildenden Kunst im Mai vergangenen Jahres hatte den Widerspruch zwischen dem Boom auf dem Kunstmarkt einerseits und der prekären Lage der Künstler andererseits deutlich gemacht. Und es scheint so, dass das Handeln des Landes, aber auch der Bezirke dazu führt, diesen Widerspruch noch zu verschärfen, anstatt ihm entgegenzutreten. „Kunst ohne Künstler“ – also die Förderung von institutionellen Vertretern der Kunst (wie Museen, Galeristen usw.) und die gleichzeitige „Nicht-Förderung“ der Künstler scheinen die Wirtschaftspolitik Berlins zu prägen.

Unbestritten war in der Diskussion im Wirtschaftsausschuss, dass Berlin in den letzten Jahren zu einer internationalen Metropole der Bildenden Kunst aufgestiegen ist. Die Fachgruppe Bildende Kunst in ver.di meint: Diesen Ruf wird Berlin ganz schnell

verlieren, wenn nicht investiert wird, wo die Kunst entsteht, bei den bildenden Künstlern.

Deshalb haben Fachgruppenvertreter inzwischen mit den wirtschafts- und kulturpolitischen Sprechern aller Abgeordnetenhausfraktionen debattiert. Dabei ging es darum, die Positionen der Fachgruppe Bildende Kunst in ver.di vorzustellen. Betont wurde zunächst, dass die notwendige Freiheit der bildenden Kunst auch die Freiheit vom Markt verlangt. Das gilt umso mehr, als der spekulative Charakter des Kunstmarktes selber die Kunst bedroht. Die Kultur- und Wirtschaftspolitik des Senats und des Landes entwickelt kein Gegenmodell zum spekulativen Kunstmarkt.

So ist die materielle Grundlage für die Entfaltung der Freiheit der Kunst bedroht, und damit wird die Kunst selber in dieser Gesellschaft in Frage gestellt.

Im Großen und Ganzen haben uns die Sprecher aller Fraktionen zugestimmt. Aber wir sind in den Gesprächen nicht allgemein geblieben, sondern haben konkrete Vorschläge für die Veränderung der Politik gemacht. Ziel ist ein

Aktionsprogramm für die Berliner Bildende Kunst, das bisher folgende Vorschläge umfasst:

- Kunsthalle Berliner Kunst schaffen
- Messe-Förderungsprogramme für Berliner Künstler öffnen
- Förderprogramme für Selbständige und Klein- und Mittelbetriebe für Künstlerinnen und Künstler öffnen
- Ausstattungsvergütung & Ausstellungshonorare für bildende Künstlerinnen und Künstler schaffen
- Messe für Berliner Künstlerinnen und Künstler gründen

Um diese Vorschläge in Regierungshandeln umzuwandeln, schlägt die Fachgruppe Bildende Kunst in ver.di die Einberufung einer wirtschafts- und kulturpolitischen Konferenz der Bildenden Kunst in Berlin vor. Mit einem Diskussionspapier und diesen Vorschlägen hat sich ver.di erneut an die Abgeordneten gewandt und wird die Gespräche fortsetzen. Wer Interesse an dem Papier hat, kann sich an anke.jonas@verdi.de wenden.

Gotthard Krupp

MEDIENGALERIE

„Betriebsthema – Katastrophe“: Die Medien Galerie zeigt ab **28. Februar** (Eröffnung 18 Uhr) eine Ausstellung mit Karikaturen aus Nordrhein-Westfalen. Die Schau läuft bis 28. März.

Zum 60. Todestag des Publizisten Egon Erwin Kisch folgt: „Ich glaube, einmal werden die Menschen über die Welt nichts als die Wahrheit lesen wollen“, **Ausstellung und Begleitveranstaltungen laufen vom 31. März bis 16. Mai.** Die Schau wurde vom Jüdischen Museum Wien im Auftrag des Aufbau-Verlages gestaltet und zeigt den Publizisten E. E. Kisch als Multiplikator und Vernetzer linksbürgerlicher Intelligenz und als beispielhafte Integrationsfigur. Die Ausstellung wird von Lesungen und Diskussionsveranstaltungen begleitet. Es ist eine Gemeinschaftsveranstaltung des Jüdischen Museums Wien, von ver.di Berlin-Brandenburg Fachbereich Medien, Kunst und Industrie, Deutsche Journalisten Union (dju) und Verband Deutscher Schriftsteller (VS).

Das detaillierte Programm siehe: www.medien-galerie.org

LITERATUR

Lesemarathon 2008

Der traditionelle Lesemarathon des VS startet 2008 am 31. März und läuft in fünf Etappen bis 4. April. Themen, Termine und Veranstaltungsorte siehe S. 13.

VS-Stammtisch: Jeden ersten Donnerstag im Monat im „Terzo Mondo“ ab 19 Uhr, Grolmanstr. 28, zwei Minuten vom U-Bhf Uhlandstr. (U 15) oder vom S-Bhf Savignyplatz entfernt.

Ausschreibung: „Burgschreiber zu Beeskow“, Bewerbungsschluss: 31. März 2008. Nähere Informationen: Amt für Bildung, Kultur und Sport, Landkreis Oder-Spree, Tel. 0 33 66 / 35 14 72, E-Mail: Hannelore.Frank@Landkreis-Oder-Spree.de oder VS-Geschäftsstelle Berlin

Reihe fast vergessene Schriftstellerinnen und Schriftsteller. Max Hölzer (1915-1984), vorgestellt von Hans Häußler. Der Dichter Max Hölzer (geboren 1915 in

Die **HOMEPAGE** des ver.di-FACHBEREICHES 8 im Landesbezirk Berlin-Brandenburg ist erreichbar unter: www.medien-kunst-industrie.bb.verdi.de

Graz, gestorben 1984 in Paris) veröffentlichte Lyrik und Prosa. Hölzer war ein Lyriker, der den Surrealismus für sich nutzbar gemacht hat. Hölzer war auch als Lektor Herausgeber und Übersetzer tätig. In den 50er Jahren übersetzte er Texte der französischen Surrealisten, z.B. André Breton, George Batailles, neben diesen aber auch Texte von Simone de Beauvoir, Nathalie Sarraute und Paul Celan. Hans Häußler stellt Leben und Werk des Schriftstellers vor. Aus seinen Büchern liest Joachim Uhlmann am Donnerstag, dem 13. März 2008, 19.30 Uhr, im Literaturhaus Berlin, Fasanenstr. 23, Kaminraum. Eine Veranstaltung des Berliner Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) in Zusammenarbeit mit dem Kulturwerk Berliner Schriftsteller e.V. Auskünfte: Tel. 0 30 / 88 66 54 03, Eintritt frei.

MUSIK

Music-Lounge: Die Fachgruppe Musik veranstaltet in Zusammenarbeit mit den Musikschulen immer am letzten Schulfreitag des Monats, Beginn 19.00 Uhr, eine Konzertreihe in der Medien Galerie, Dudenstr. 10, 10965 Berlin, direkt am U-Bahnhof Platz der Luftbrücke. Eintritt frei. Kontakt: lutzfusangal@t-online.de

Alle Mitglieder sind herzlich zu den Sitzungen des Landesfachgruppenvorstandes eingeladen. Nachfrage bei Anke Jonas, Tel. 0 30 / 88 66 54 03

MEDIEN

Actorstable für Darstellerinnen und Darsteller der Film- und Fernsehbranche an jedem ersten Montag im Monat ab 18 Uhr im Café Rix, Karl-Marx-Str. 141 (direkt U-Bhf. Karl-Marx-Str.) Gedankenaustausch, thematische Schwerpunkte, Rückfragen: Tel. 030/8 34 16 01, Evelin Gundlach.

Medientreff für dju-Mitglieder und freie Medienschaffende aus Privatrundfunk, Film AV-Produktion und Neuen Medien am zweiten Dienstag im Monat um 19 Uhr Nächste Termine am 11. März und 8. April. Der Veranstaltungs-

ort steht noch nicht fest. Siehe www.dju-berlinbb.de

SEMINARE

- Tagesseminar „Existenzgründung für Journalisten, Medienberufler und Künstler“ am 11. März,
- Tagesseminar „Selbstvermarktung freier journalistischer Arbeit“ am 25. März.
- Tagesseminar „Existenzgründung für Einzelunternehmer und Micro-unternehmen“ am 10. Juni.

Alle Seminare finden in der Zeit von 9.30 bis 16.30 Uhr im ver.di-Haus, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin, Raum 4.12 statt. Anmeldung: Tel.: 0 30/ 88 66-41 06, E-Mail: Andreas.Koehn@verdi.de, Post: ver.di Berlin-Brandenburg, FB 8, Köpenicker Str., 30, 10179 Berlin. Mitglieder zahlen 13 €, Nichtmitglieder 50 €

IOJ-Sprechstunde: jeden 2. Dienstag des Monats, 13 bis 15 Uhr, Köpenicker Str. 30. Infos: www.ioj-journalisten-international.de, e-mail: ioj_deutschland@yahoo.de

THEATER & BÜHNEN

Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstands der Fachgruppe 10 finden i. d. R. am 2. Montag des Monats statt, der erweiterte Vorstand tagt alle zwei Monate. Informationen: Georgia Weiland Tel. 030/ 88 66-54 12. Nächste Termine: 25. Februar und 31. März 2008.

SENIOREN

ADN-Senioren: Am letzten Montag jedes Monats um 14 Uhr in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstr. 203-206, 10115 Berlin.

„Alte-Barden-Runde“: Jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat um 15 Uhr im Restaurant „Alter Krug“. Dahlem, Königin-Luise-Str. 52, 14195 Berlin.

Seniorengruppe Funkhaus Eislerkreis zusammen mit Begegnungsstätte PRO, Kieffholzstraße 275, Nebeneingang Schulgebäude, Mittwoch 19. März 2008, 17.00 Uhr. Einführung und Diskussion zu Roman und Film „Der Aufent-

halt“ von Hermann Kant. Anschließend Filmvorführung.

Bezirk Berlin-Brandenburg: gewerkschaftsöffentliche Mitgliederversammlung des Seniorenausschusses am 21. April, 11 Uhr im Gewerkschaftshaus, Köpenicker Str. 30, Raum 4.12. Vorstandssitzung: 7. April (gleiche Zeit u. Ort)

AKTIVE ERWERBSLOSE

Die Erwerbslosen von ver.di Berlin treffen sich jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat um 17.30 Uhr in der Köpenicker Str. 30. Kontakt: Ulla Pingel, Tel. 030/621 24 50, E-Mail: ulla.pingel@gmx.de. Claudia Spreen, Tel. 0 30 / 6 26 62 45, E-Mail: CLSPR@t-online.de. Bernd Wagner, Tel. 01 60 / 7 70 59 05, E-Mail: bernd.wagner@verdi-berlin.de

VERLAGE, DRUCK, PAPIER

Stammtisch an jedem zweiten Donnerstag im Monat, 17 Uhr, im Restaurant „Heidelbeere“, am Heidelberger Platz.

Sprachrohr 2/08

erscheint am 21.4.2008

Redaktionsschluss am 25.3.08

Impressum

SPRACHROHR – Mitgliederzeitung des Fachbereiches Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg
Herausgeber: ver.di-Fachbereich 8 Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg.
Redaktion: Andreas Köhn (verantwortlich). Anschrift von Herausgeber und Redaktion: Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin. Tel: 030/88 66-6.

Redaktionelle Betreuung: Helma Nehrlich, transit berlin. pro media, Torstraße 177, 10115 Berlin, Tel.: 030/61 30 96-64, Fax: 030/61 30 96-66.

nehrlich@pressebuero-transit.de
Gestaltung / Produktion: bleifrei Medien + Kommunikation, Prinzessinnenstraße 30, 10969 Berlin, Tel: 030 / 61 39 36-0, info@bleifrei-berlin.de

Anzeigenannahme: Agentur Scheler, Weißdornweg 17, 16552 Schildow
Tel: 03 30 56/22 46 71,
Fax: 03 30 56/944 18
Druck: Henke-Druck, Plauer Straße 160, 13053 Berlin

Auch unverlangt eingesandte Manuskripte werden sorgfältig behandelt. Sprachrohr erscheint sechsmal im Jahr, Bezugspreis 5 Euro pro Jahr, für ver.di-Mitglieder im Beitrag enthalten.

Bitte an den /die ZustellerIn:

Wenn neue Anschrift bekannt, bitte senden an: ver.di, Fachbereich 8, Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin

Straße

Ort

Bemerkungen

ver.di, Fachbereich 8, Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin. Postvertriebsstück, „Entgelt bezahlt“, A 11703 F

SPRACHROHR – Vertrauen Sie nicht dem Zufall!

Mitglieder des Fachbereichs 8 in ver.di bekommen in Berlin und Brandenburg das Sprachrohr alle zwei Monate zugeschickt.

Alle anderen können die Medien-Zeitung im **Abo** beziehen. Sechs Ausgaben im Jahr kosten nur 5,00 €. Bestellung bei ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin.

1108 SPRACHROHR

ALLES WAS RECHT IST

Anzeige

Polizei streitet mit Rammbock für das Kunsturheberrecht

Am frühen Morgen des 17. Januar 2008 drangen Berliner Polizisten in mehrere Wohnungen ein und zerstörten dazu mit einem Rammbock Türen. Gefahr im Verzuge? Ermittelt wurde gegen drei junge Antifa-Stand-Betreuer neuerlich unter Berufung auf Paragraph 33 des Kunsturhebergesetzes. Diesmal ging es um Fotos auf einem Anti-Nazi-Plakat, das beim „Aktions-tag gegen Rassismus, Neonazismus und Krieg – Tag der Mahnung“ am 9. September 2007 im Marx-Engels-Forum gezeigt worden sein soll. Auf dem Plakat, zuvor anscheinend in der linken Zeitschrift „Streßfaktor“ veröffentlicht, sind dem Vernehmen nach Berliner Neonazis abgebildet.

Die Tatsache, dass antifaschistische Aufklärungsarbeit zu Personen und Netzwerken von Neonazis in Berlin offenbar der strafrechtlichen Verfolgung unterliegt, ist bedenklich, aber nicht mehr neu. Erst vor einigen Wochen hatten Ermittlungen des Landeskriminalamtes für Schlagzeilen gesorgt, die sich gegen Fotojournalisten richteten, die Bilder von Neonazis bei Aufmärschen angefertigt hatten. Damals mussten die Ermittlungen auf Weisung der Staatsanwaltschaft eingestellt werden (siehe Sprachrohr 6/07). Diese kritisierte die Methoden des Berliner LKA sogar öffentlich als „bizzarr“. LKA-Chef Peter-Michael Haeberer räumte später „fehlerhaftes“ Vorgehen ein.

Davon ließen sich einige Über-eifrige im LKA allerdings nicht bremsen. Berliner Neonazis erhielten im Dezember 2007 von ihnen Post und wurden aufgefordert, potenzielle Fotografen beim Ber-

liner Staatsschutz zu belasten. Der Trick: Erst Ende Oktober 2007 sei das fragliche Plakat doch im Internet gefunden worden. Zuvor hatte eine öffentliche Verbreitung des sogenannten „Nazi-Memory“ aus dem Jahr 2005, das die eigentümlichen Ermittlungen gegen die Fotografen ausgelöst hatte, trotz intensiver polizeilicher Ermittlungen gar nicht festgestellt werden können. Wie es jetzt ins Netz kam, darüber darf gemutmaßt werden. Jedenfalls wurden die Neonazis von den LKA-Briefschreibern vorsorglich sogar auf die Frist für einen Strafantrag hingewiesen...

Für Philipp Fröhlich, Redakteur der bundesweiten Fachzeitschrift „Antifaschistisches Infoblatt“, wer-

Mit zweierlei Maß gemessen

den die Vorgänge weitere Fragen auf. Immer wieder würden von namentlich bekannten Neonazis Fotografien und Namen von Antifaschisten auf sogenannten „Anti-Antifa-Seiten“ veröffentlicht, ohne dass je betroffene Linke von der Polizei informiert oder zu potenziellen Fotografen befragt würden. So geschehen etwa im Juni 2007, als die neonazistische Internetseite „Gegen Antifa Pankow“ Fotos und Namen von vermeintlichen Antifaschisten, Journalisten und Anwälten veröffentlichte. In einem weiteren Fall wurde ein Ermittlungsverfahren – u.a. wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten – im Januar 2007 von der Staatsanwaltschaft Cottbus sogar eingestellt. Hier sollte gegen eine Pots-

damer Internet-Seite vorgegangen werden. Offenbar werde von den Ermittlungsbehörden mit zweierlei Maß gemessen, meint Fröhlich.

Die Berufung polizeilicher Ermittler auf das Kunsturhebergesetz ist zusätzlich fraglich. Verletzungen des dort verbrieften Rechtes am eigenen Bild können nur von vermeintlich Betroffenen angezeigt werden – und kein Neonazi ist faktisch von sich aus gegen Plakatabbildungen vorgegangen. Überdies lässt das Gesetz von 1907 auch Konstellationen zu, in denen Bilder von Personen ohne deren Einwilligung veröffentlicht werden dürfen. Neben Bildnissen aus dem Bereich der Zeitgeschichte betrifft das Fotos von Versammlungen, Aufzügen und ähnlichem. Ein grundsätzlich klärender Richterspruch könnte aktuell eher hilfreich sein. Denn bislang reibt man sich nur in der rechten Szene die Hände. Im Umfeld der verbotenen „Kameradschaft Tor“ heißt es: „Lassen wir uns überraschen wie die Veröffentlichung bzw. die Recherchearbeit der Beschuldigten strafrechtlich bewertet wird.“ Gleichzeitig nennen die Neonazis die Vor- und Zunamen der beschuldigten Linken und zitieren den Durchsuchungsbeschluss des Amtsgerichts Tiergarten...

Der Berliner Polizeipräsident Glietsch hat inzwischen Fehler des Staatsschutzes beim Umgang mit persönlichen Daten von Beschuldigten aus der linken Szene eingeräumt. In Zukunft sollen in solchen Fällen keine Namen mehr genannt werden, weil das Angriffe von Rechten auf Linke erleichterte, kündigte er an.

Ruben Wesenberg

bleifrei
Medien + Kommunikation
präsentiert aus aktueller
Produktion



Drehbuch für Balance:
Gewerkschaftliche Aktivitäten zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen

Das Handbuch wurde im Rahmen des Projektes »in balance: gutes leben – gute arbeit« zusammengestellt. Es bietet einen Überblick und ist eine praktische Handlungshilfe die Wege aufzeigt, eine Zufriedenheit zwischen den Anforderungen des Erwerbs- und Privatlebens herzustellen.

Gendern im Arbeitsalltag – der Instrumentenkoffer

Die Broschüre ist ein Werkzeug um das „Gendern im Arbeitsalltag“ zu erleichtern. Die darin enthaltenen Beispiele aus der täglichen ver.di-Arbeit (Versammlungen, Öffentlichkeitsarbeit, Bildung, Qualifizierung, Gesundheitspolitik) liefern den hohen Praxisbezug für die NutzerInnen. So sind vergleichbare Beispiele thematisch zusammengefasst, das Werk ist schnell und ohne viel Leseaufwand in der Praxis einsetzbar!



Zu bestellen über: gender.verdi.de

bleifrei
Medien + Kommunikation

Prinzessinnenstr. 30
10969 Berlin
Tel. 61 39 36-0
info@bleifrei-berlin.de
www.bleifrei-berlin.de